

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Zeitungspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Erlegerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Pf.

Einzelgenosse:
Die Caspatene Beilage 25 Pf. für Auswärts 30 Pf., die 2. und 3. Heft der Beilage 10 Pf. Anzeigen und Abholungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Abbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 52

Danzig, Sonnabend den 29. Dezember 1917

8. Jahrgang

Zum neuen Jahr!

Das alte Jahr ist nun ins Grab gesunken
Und mit ihm ist der schöne Göttersunk
Der Hoffnung, den es uns gebracht, verrauscht.
In schicksalschweren Pulderschmerzen lauscht
Die ganze Welt dem jungen Jahr entgegen.
Von neuem will sich grüne Hoffnung regen
In aller Menschen Brust . . . Und siehe:
Schon pocht das neue Jahr aus Weltentor,
Mit eisenhartem Schritt und sonder Mühe
Bricht es sich Bahn im Sturm und Drang der Zeit,
Kühn dringt es vor zum Ring der Ewigkeit
In seines Daseins erster Morgenfrühe . . .

Und aus des Landes weißem Winterglanz
Ringt sich hervor im ersten Frührotglühn,
Andes des Morgens Nebel jäh zerprühen,
Ein Bild des Duldens und der Schmerzensein:
Prometheus droben an dem Felsgestein
Des wilden Skythenlands. Jupiters Knechte,
Sie schmiedeten im wirren Felsgeflecht
Mit schweren Ketten unter Spott und Hohn
Dort an das Kreuz der Göttin Themis Sohn:
Da lag der Pulver schmachhend und geschändet,
Den Leidensblut der Sonne zugewendet,
Indessen Geier seinen Leib, den nackten,
Krafftigertig polkerten und ihn zerhackten . . .

Prometheus! Keine Menschheit, das bist du!
Dich hat der Krieg aus deiner Friedensruh
Geyert, hat dich gefesselt an den Leidensstein
Des Marterfelsens. Und im trübten Schein
Des grauen Winterlages häumt sich dein Leib,
Schmachvoll entehrt, geschändet und geheht.
Von Geiern bösen Weids gefoltert und zerlegt;
Und bang ersehnt du endliche Genesung.
Schreie nach Befreiung, mimmerst nach Erlösung . . .

Geduld! Ist auch der Schmerz schier grenzenlos,
Ist auch dein Sehnen immermehrlich groß —
Auch dir, o Menschheit, folgt nach der Kasteiung
Der Tag der Freude und der Menschbefreiung
Auch dir wird einiß der Herkules erstehen,
Der deine Kesseln löst. Das wird geschehen
Und Haß und Meid und Zwietracht werden schwinden,
Von neuem wird die Menschheit sich verbünden
Zu edlem Schaffen, froher Friedensnat,
Und purpurn wird des Lichtes Sieg sich künden!

Auf, neues Jahr! Beschreite deinen Pfad!
Bereite still die grüne Hoffungsmaat
Des Völkerfriedens! Rüste zur Genesung!
Fort mit Gewalt, Zerstörung und Verwehung!
Es blühe auf nach Haß und Mut und Meid
Den Völkern endlich echte Menschenfreude!

A. S.

Zur Jahreswende!

Jahreswende! Ein durch menschlichen Ratsschluß willkürlich bezeichneter Punkt in unserer Zeitrechnung, eine Stunde oder Minute, die sich durch nichts von jeder anderen unterscheidet . . .

Und dennoch hat jahrhundertelanger Brauch diese Stunde geweiht. Als stetig wiederkehrender Beginn eines neuen Zeitabschnittes, eines neuen Jahres, wurde sie, wie selten eine, vollstündlich und es wurde zu einer lieben Gewohnheit, daß sich die Menschen einander zu dieser Stunde beglückwünschten und den ersten Tag des neuen Jahres zu einem Festtag der Freude und Hoffnung erhoben.

Diesen Brauch hat der Krieg mehr und mehr verwischt. Die graue Alltagsorge, die lange Kriegsdauer, die Angst um das Leben der Lieben im Schlachtengetümmel da draußen vernichtete mehr und mehr den Frohsinn und so kam es, daß in den letzten Jahren nicht freudig, sondern mit ernstem Gedanken dem Erwachen des jungen Jahres entgegengefeuert wurde.

Und dennoch! Trotz mancher herben Enttäuschung erwuchs auch in diesen ernstesten Zeiten um die Jahreswende immer von neuem die zarte Pflanze der Hoffnung. Aus Sinn und Gemüt sog sie frische Nahrung und übertrug neuerblühtes Sehnen auf das neue Jahr. Im Vordergrunde aller Wünsche und Hoffnungen stand in den letzten Jahren bei jedem Jahreswechsel das große Sehnen aller fühlenden Menschen: Der Völkerfriede. Doch mit jedem Jahr versank diese Hoffnung gleich einem schönen Traum. Und nun begrüßen wir wieder ein neues Jahr mit dem gleichen großen Sehnsuchts-wunsche . . .

Ob unsere Friedenswünsche sich endlich im neuen Jahre erfüllen werden? Ob uns endlich der Genius der Menschheit den wehenden Palmenzweig des Friedens überreicht? Ob end-

lich das Jahr 1918 das durch die Weltgeschichte gesegnete ist, das allen Menschen den Gleichklang des Lebens wiedergibt, das alle Völker wieder eint unter dem Banner der Arbeit zu heiligem Schaffen für der Menschheit Wohlergehen?

Friede! Ewiger Völkerfriede! Leidenschaftlich überquellend bricht dieser Wunsch aus den Herzen hervor, wuchtig erhebt sich der Schrei nach dem Ende dieser Volksmarter, nach Beseitigung der Herrschaft der Kanonenschünde und brutalen Gewalt . . .

Voll durchdrungen von diesem großen Sehnen begrüßen wir am Jahreswechsel unsere Freunde und Genossen. Wir gedenken der Brüder im Felde, die nun schon volle vierzig Monde dem Tode ins Auge schauen und Blut und Gesundheit dem Moloch Krieg als Opfer darbringen müssen. Wir wünschen ihnen von Herzen, daß sie recht bald das vernichtende Kriegshandwerk mit aufbauender Friedensarbeit eintauschen mögen. Wir wünschen ihnen baldige Heimkehr und Rückkehr zum kulturfördernden Schaffen zum Wohle der Menschheit, wir wünschen ihre Wiederkehr in unsere Reihen als treue Werk- und Waffengenossen im edlen Wettstreit der Menschheit für Freiheit und Wohlfahrt, für unsere ewigen Menschheitsideale!

Wir begrüßen auch die, die in der Heimat verblieben. An alle ist in den letzten Jahren des Lebens harte Not herangetreten, sie hat mit grausamer Faust gerüttelt an Gesundheit und Leben des Proletariats. So mancher hat kein frühzeitiges Grab gefunden, der geschwächte Körper war nicht mehr im stande, der Knochenfaust des Todes zu widerstehen. Not und Tod wüteten nicht nur an den Fronten, auch im Landesinnern heischte der Kriegsmoloch ungezählte Opfer. Unmenschlicher Wucher suchte dabei zu vollenden, was des Feindes

Sinn erbaute . . .

Wir gedenken an der Jahreswende mit Behmut unserer Toten. Schwere Menschenopfer hat dieses große Weltendrama gefordert. So manchen braven Freund und Arbeitsgenossen hat in der Jugend Blüte der jähe Schlachtentod gefällt. Ein unerbittliches Geschick hat sie von uns gerissen, unschätzbare, unersehbliche Werte von Talent, Wissen und Kraft schlummern in den riesigen Massengräbern da draußen. Und auch im Landesinnern ist so mancher von uns geschieden und ruht im fahlen Erdenchoße. Ein stiller Gruß all diesen von uns geschiedenen Kämpfern und Duldern und das heilige Gelöbniß, fortan unermüdet zu wirken gegen Völkerkrieg und Völkermord, für die endgültige Befreiung der Menschheit aus den unwürdigen Fesseln alter Barbarei und moderner Schmeichelei!

In diesem Sinne dem neuen Jahre entgegen! Gelobe mir an des Jahres Wende, treu zu den alten Idealen zu halten und stets zu wirken für Liebe und Menschlichkeit, für Fortschritt und Freiheit! Daß alle Lande ein ewiger Friede erfülle und jedes herrschsüchtige oder mamonistische Streben zerwinne wie stehende Nebelgebilde vor dem Strahlenglanz der aufgehenden, goldfunkelnden Sonne!

Dem neuen Jahre entgegen in Treue und Brüderlichkeit! Dem allgemeinen Frieden und der Freiheit entgegen in Einheit und Einigkeit! Einer neuen Zukunft entgegen mit Kraft und Entschlossenheit! Mit Einsatz aller proletarischen Macht für die Ziele der Menschheit und Menschlichkeit, für die Gewerkschaft, für Kultur, für ewigen Menschheitsfrieden!

Dies unser Gelöbniß zum neuen Jahr, dies unser Streben für und für! Es wird uns führen durch Nacht zum Licht, aus Not zum Menschheitsglück!

Klare Ziele

Im September 1917 war also die deutsche Regierung kühn, an die englische Regierung eine Mitteilung über den Frieden gelangen zu lassen. Die englische Regierung war bereit, diese Mitteilung entgegenzunehmen. Sie ist aber trotzdem nicht gemacht worden, weil, wie die deutsch-amerikanische Erklärung vom 13. Dezember sagt, der deutschen Regierung von der britischen Regierung damals nichts bekannt geworden ist, sondern sie im Gegenteil glaubte, annehmen zu müssen, daß auf Seiten unserer Gegner nicht gefühl, um eine derartige unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen.

Balfour behauptete im Unterhaus, daß die Regierung zu jenem Friedensversuch sei von Deutschland ausgegangen. Das will aber die deutsch-amerikanische Erklärung um Gotteswillen nicht wahr haben. Sie versichert, die deutsche Regierung habe Grund zur Annahme gehabt, es handle sich letzten Endes um eine englische Initiative. Das Bild, das man so von den Gebräuchen der Diplomatie erhält, ist im höchsten Grade unangenehm. In den Augen aller vernünftigen Menschen wäre es eine Ehre für die englische Regierung gewesen, wenn sie einen entscheidenden Schritt zur Herstellung des Friedens zu unternehmen versucht hätte. Und ebenso hätte die deutsche Regierung allen Anlaß, darauf stolz zu sein, wenn dieser Schritt nicht vom Gegner, sondern von ihr selber ausgegangen wäre. Beide Regierungen stellen sich aber umgekehrt auf den Standpunkt, daß sich keine Regierung heute höherer Einsicht und Menschenliebe verdächtig machen darf, da dies doch nur ein Zeichen verderblicher Schwäche wäre!

Es gehört zur Psychologie des Krieges, daß man vom Gegner nichts als Niedertracht und Schamlosigkeit erwartet. Folgt er sich zum Frieden gereigt, so heißt es nicht etwa: „Endlich hat die Vernunft gesiegt!“ sondern im Gegenteil: „Aha, der Kerl ist am Verrecken, er macht nur noch seine letzten Sprünge; nur eine kleine Weile noch, dann hört er auf zu zappeln!“ So haben die Kriegshelden an der Seine und an der Themse alle Beweise deutscher Friedensliebe gedeutet. Aber die Kriegshelden an der Spree und am Rhein haben ihnen darin nichts nachgegeben, sondern erklärt: Wenn England demnächst ein Friedensangebot machen sollte — was ja als Folge des U-Boot-Krieges in kürzester Zeit erwartet wurde — dann dürfe man darauf um keinen Preis eingehen. Denn der britische Heuchler laufe den Frieden doch erst, wenn er unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe und so handle es sich zum Schluss nur noch um die berühmten „fünf Minuten“, die man länger aushalten müsse — jene „fünf Minuten“, die jetzt schon drei Jahre und viermonatig Monate dauern.

Wann wird man endlich begreifen, daß Kraft zu zeigen Aufgabe des Militärs, Menschlichkeit und Vernunft zu beweisen, Aufgabe der Politik ist? Daß es keine Schande, sondern eine Ehre ist, mit allen Mitteln, die mit Freiheit, Selbstachtung, künftiger Entwicklung vereinbar sind, auf ein Ende dieses wahnwitzigen Menschenmüllens hinzuwirken? Warum steht die deutsche Regierung, die behauptet wird, auf heimlichen Wegen den Frieden gesucht zu haben, wie eine ertappte Sünderin da und kammert Ausreden?

Und die Hauptfrage! Warum hat die deutsche Regierung ihre Aktion mit solcher Schüchternheit betrieben, und warum blieb sie mit ihr auf halbem Wege stehen? Was war das für ein süßes Geheimnis, das die deutsche Regierung der englischen ins Ohr flüstern wollte? Alle Welt weiß es! Die deutsche Regierung wollte der englischen sagen, daß sie zur Wiederherstellung der belgischen Selbständigkeit bereit sei. Da sie dazu infolge eines unaufrichtigen diplomatischen Mißverständnisses nicht kam, umschrieb Herr von Kühlmann die Erklärung später durch die vorläufig gefasste Formel, von Elsch-Verträgen abgesehen, gebe es keinen Gegenstand, über den man sich mit den Weimächten nicht verständigen könne.

Daß die deutsche Regierung zur Wiederherstellung der belgischen Selbständigkeit bereit ist, wissen seit Jahr und Tag, alle, die die Wege der deutschen Regierungspolitik verfolgt haben. Auch die englische Regierung weiß es! Eine vertrauliche Erklärung hierüber wäre ihr als Laus eine Heberreichung gewesen und hätte sicherlich durchschlagende Wirkung gehabt. Eine solche Wirkung konnte überhaupt nur von einer öffentlich abgegebenen Erklärung erwartet werden. Diese

hätte es den feindseligen Kriegshelden schwer gemacht, noch weiter von der Zweideutigkeit und Hinterhältigkeit der deutschen Politik zu reden. Es war der Hauptfehler der deutschen Aktion, daß sie sich von der Geheimdiplomatie etwas versprach, was diese gar nicht leisten kann. Ist es nicht auf alle modernen Verrungenheiten ein wahrer Hohn und Spott, daß man gewissermaßen hinter dem Rücken des eigenen Volkes ein Einvernehmen mit dem Feinde sucht und Herrn Balfour Dinge mitteilt, von denen andere, die es auch einigermassen angeht, wie z. B. der Deutsche Reichstag zunächst nichts erfahren sollen?

Nachdem die Sache nun doch ans Licht gekommen ist, sollte sich die deutsche Regierung beeilen, dem deutschen Volk die Mitteilung zu machen, die sie der englischen Regierung zu machen im Begriffe war. Auch das deutsche Volk hat ein Recht darauf, zu erfahren, was man mit Belgien vor hat oder was man nicht mit ihm vor hat. Indem die deutsche Regierung zugibt, daß sie der englischen Regierung besondere Mitteilungen über ihre Friedensziele machen wollte, gibt sie zu, daß ihre bisherigen öffentlichen Erklärungen hierüber lügenhaft und unklar gewesen sind. Man muß also an sie den Ruf richten, der sich jetzt an die englische und an die französische Regierung mit wachsender Gewalt aus der Mitte ihrer eigenen Völker erhebt, den Ruf nach einer genau umschriebenen Klarstellung ihrer Kriegsziele.

Aber noch in anderer Beziehung schuldet die Regierung dem Volke Aufklärung. In der alldeutschen Presse wird klipp und klar behauptet, in der amtlichen Erklärung wäre der wahre Grund für das Ausbleiben der deutschen Mitteilung an England verschwiegen, dieser liege im Widerstand militärischer Stellen. Die deutsche Septemberpolitik, so gut oder so schlecht sie war, wäre danach von militärischen Einflüssen durchkreuzt worden, nachdem sie in einem Kronrat „gegen zwei wichtigste Stimmen“ beschlossen worden war. Diese Darstellung ist geeignet, im Volke die größte Beunruhigung hervorzurufen. Und das feindselige Ausland in der Auffassung zu bestärken, daß die verantwortliche Regierung in Deutschland gar nicht Herr der Lage sei und daß man darum ihren Erklärungen und denen des Reichstags kein Gewicht beimessen dürfe.

Nach alledem läßt sich der Gedanke nicht zurückweisen, daß wir dem allgemeinen Weltfrieden näher sein könnten, wenn die deutsche Regierung im September d. J. geschickter und energischer verfahren wäre. Begangene Fehler zu tadeln hat indes nur dann einen Sinn, wenn dadurch das Bestreben gemindert werden soll, sie wieder gut zu machen. Dazu genügt die schwächliche Erklärung vom 13. Dezember in keiner Weise. Eine vollständige reifliche Klarstellung ist notwendig!

Bekanntlich ist die erste Mitteilung über die deutsche Septemberaktion durch die Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente erfolgt. In diesen steht viel mehr, als was die deutsche Erklärung enthält, und es gehört zu den schwer begreiflichen Geschicklichkeiten der deutschen Diplomatie, daß sie Dinge geheim zu behandeln versucht, die schon längst breit und lang in der russischen und der neutralen Presse gestanden haben.

Die deutsche Erklärung spricht sehr geheimnisvoll von „einer neutralen Macht“. Die Macht war laut Bericht des Petersburger Weltkriegeres in London Spanien. Der Bericht, der vom 6. Oktober a. St. datiert ist, sagt u. a. folgendes über die Erklärungen Balfours zu den Vertretern der Alliierten:

„Die großbritannische Regierung ist nach Empfang dieser Mitteilung ihres Verrates vor die Alternative gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeantwortet zu lassen, oder aber mit unwilliger Vorliebe zu beantworten. Der erste Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Lösung ihres eigenen Problems in Deutschland auszunutzen, und was noch wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich verwerfliche Position in England zu härten in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünsche und Rußland den belgischen Völkern antue.“

Die großbritannische Regierung hat nach Empfang dieser Meldung Herrn Balfour in Madrid folgende Antwort gegeben:

„Die Regierung Seine Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, und die deutsche Regierung ihr betreffs des Friedens über diesen Punkt, um diese Mitteilung mit ihren Verbindungen zu beraten.“ (S. 243.)

Kriegsnachrichten

Von Berlin nach Nimbe!

Berlin, 19. Dezember. Der Kaiserbewerber Hans Goffe ist von Berlin auf dem Seeweg in Mexiko einreisen. Er hat die Strecke von 10 Tagen in 34 Stunden zurückgelegt.

Kaum fünf Jahre sind es her, da gab es eine Flut von Berlin nach Mexiko oder gar nach Wien. Die ein Wunder der Technik und der überlegenen Technik. Das 19. Jahrhundert hat die Eisenbahn auf die Erde gebracht. Die Eisenbahn hat die Welt in ein einziges großes Dorf verwandelt. Die Eisenbahn hat die Welt in ein einziges großes Dorf verwandelt. Die Eisenbahn hat die Welt in ein einziges großes Dorf verwandelt.

Lloyd Georges Weltanschauung

L. L. B. London, 20. Dezember. Lloyd George hat seinen Bericht des Unterhauses in die Welt geschickt. Er hat es nicht nur mit dem Kriegsministerium geteilt, sondern auch mit dem allgemeinen Volk. Er hat es nicht nur mit dem Kriegsministerium geteilt, sondern auch mit dem allgemeinen Volk. Er hat es nicht nur mit dem Kriegsministerium geteilt, sondern auch mit dem allgemeinen Volk.

Es ist ein großer Fehler, wenn es sich herausstellt, daß jede Entscheidung, die es ertragen kann, darauf zurückzuführen ist, daß es mit den braven Alliierten nicht zu tun hat. Es ist ein großer Fehler, wenn es sich herausstellt, daß jede Entscheidung, die es ertragen kann, darauf zurückzuführen ist, daß es mit den braven Alliierten nicht zu tun hat.

Balfours neueste Kriegszieltrede

Die neue Kriegszieltrede: Wie haben unsere Kriegsziele sich verändert? Die Kriegsziele haben sich verändert. Die Kriegsziele haben sich verändert. Die Kriegsziele haben sich verändert.

All diese Fragen hätten sicherlich von den Mächten beantwortet werden müssen, die Elsch-Verträge genehmigt haben, in Belgien eingedrungen sind und Polen geteilt haben. Und doch, so hoch Balfour sagt, Konsony mit diesem Schriftbild in seinen Händen: „Weshalb erklären Sie nicht Ihre Kriegsziele? Ihr Schweigen wird von den Mitteleuropäern mißverstanden.“ Der Wert einer solchen Erklärung wird nur den Schaden übertreffen, den sie stiften kann. Ich behauere hier, daß ein Mitglied einen solchen Vorteil seiner Stellung in diesem Hause dazu benutzt hat, um eine Rede zu halten, die ungewissheit dazu beiträgt, die fröhliche Propaganda zu klären, welche die Mitteleuropäer in jedem Lande in Europa betreiben.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat die Rede viel Anmut verursacht. Die liberalen englischen Blätter üben viel Kritik an Balfours Rede. Der Parlamentskorrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt: Balfour habe über die Kriegsziele nichts gesagt, seine Zustände zu unbestimmten Allgemeinheiten genommen und sich hinter dem Präsidenten Wilson verbergen. Es sei bemerkenswert, daß in der Aussprache eine Anzahl einflussreicher Abgeordneten, denen man durchaus nicht Passivität vorwerfen könne, von der Regierung allen Erstes eine neue Feststellung der Kriegsziele verlangt und darauf gedrungen haben, daß das Kabinett seinen imperialistischen Ehrgeiz fallen lasse, an Englands ursprünglichen, ungewissen Kriegszielen festhalte und die Idee des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege abzulehnen möge. Sir Edward Carson wurde, dem Korrespondenten des „Daily Chronicle“ zufolge, scharf bekräftigt. Es wurde bemerkt, daß einzelne Redner Carsons Erklärung, daß Deutschland, ehe über den Frieden verhandelt wird, seine Armeen nach dem rechten Rheinufer zurückziehen müsse, zu traglich auffasse. Die Bemerkung Carsons sei nicht so sehr auf seine Unfähigkeit als Staatsmann als auf geographische Unkenntnis zurückzuführen.

Lloyd George und Asquith

Der Erste Minister Englands, Lloyd George, hat abermals, diesmal im Unterhaus, eine große Rede gehalten. Sie war nicht in lauter Rosa getaucht, gab den Ernst der Lage vielmehr ziemlich unumwunden zu, schloß aber wiederum mit der schönen Geste, daß der Krieg erst beendet werden könne, wenn der böse Geist des preussischen Militarismus vertrieben sei. Lloyd George war das englische Volk auf die Dauer nicht darüber täuschen können, daß dieser Erfolg auf den Schlachtfeldern unmöglich eintreten kann, überdies aber durch einen Schwertfrieden der Militarismus nur gefördert und verewigt, niemals jedoch aus der Welt geschafft werden kann. Um einige Grade nüchtern als der jetzige Premier war der liberale Führer Asquith, der als Kriegsziel, um dessen willen bis zum äußersten gekämpft werden müsse, den Völkerbund bezeichnete. Wenn England nur darum den Krieg noch fortführt, kann es den Frieden sehr bald haben. In der Antwortnote an den Papst vom 19. September hat die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zu einem solchen Völkerbunde offen genug ausgesprochen.

Proteste in der italienischen Kammer

Bern, 21. Dezember. Laut „Messagero“ brachte die republikanische parlamentarische Gruppe eine Tagesordnung ein, worin eine parlamentarische Untersuchung zur Festlegung der militärischen und politischen Verantwortlichkeiten betreffend die feindselige Invasion im Trentino im Jahre 1916, sowie der Rückzug der italienischen Truppen vom Isonzo verlangt wird.

Der jüdische Palästina-Staat

„Avanti“ spricht der jetzt infolge der englischen Besetzung Jerusalems mit doppelter Eifer propagierten Wiederaufrichtung des jüdischen Staates jeden Sinn und jede Berechtigung ab. Solange es noch ein zaristisches Rußland gegeben habe, das den Juden die „Vergeltung“ vorenthielt und Judenmegeleien organisierte, habe der Zionismus die verständliche Absicht gehabt, ein Asyl für die Opfer der Verfolgungen zu schaffen. Heute, wo ein freies Rußland den Juden Gleichberechtigung gegeben habe, wäre nicht zu begreifen, warum noch Juden in Massen auswandern sollten.

Vielleicht ist der „Avanti“ in bezug auf die Zukunft Rußlands allzu optimistisch. Jedenfalls aber hat er klar erkannt, was England mit der plötzlichen Liebe zu Zion beabsichtigt, und der Zensur hat durch sein Herumtreiben in dem Artikel noch recht deutlich hervorgehoben, daß es sich bei dem ganzen Palästina-Problem um ein Stück der Kriegspolitik der Entente handelt.

Seefrieg

Drei englische Zerstörer torpediert

B. L. B. Hoel von Holland, 23. Dezember. Die „Niederländische Telegraphen-Agentur“ meldet: Drei englische Zerstörer sind in der Nähe des Mars-Seuchtschiffes torpediert worden. Einzelheiten fehlen.

Im Mittelmeer neue 38 000 U-Tonnen

Berlin, 26. Dezember. Amtlich. Im Mittelmeer sind wieder zahlreiche Dampfer und Segler angegriffen und unsern Unterseebooten zum Opfer gefallen. Der Raumgehalt der versenkten Schiffe beträgt mindestens 38 000 Bruttoregistertonnen. Unter ihnen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Berwick Law“, 4680 Tonnen, ein aus starker Sicherung herausgeschossener großer Tankdampfer, sowie ein bewaffneter griechischer Dampfer. Einer der versenkten Segler hatte 700 Tonnen Phosphat für Italien als Ladung.

Neue U-Erfolge um England

Berlin, 23. Dezember. Amtlich. In den Hoorden, im Kermel-Kanal und in der Irischen See wurden durch unsere U-Boote vier Dampfer und das englische Fischerfahrzeug „Forward“ vernichtet. Einer der versenkten Dampfer wurde aus einem durch kleine Kreuzer, Zerstörer und bewaffnete Fischdampfer stark gesicherten und daher vermutlich besonders wertvollen Geleitzug herausgeschossen. Unter den übrigen vernichteten Dampfern befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Euphorbia“ und „Kydal Hall“.

Im England weitere 21 000 U-Tonnen

Berlin, 26. Dezember. Amtlich. Neue U-Booiserfolge im Sperrgebiet um England: 21 000 Bruttoregistertonnen. Von den versenkten Schiffen wurden 4 Dampfer in der Nordsee vernichtet, drei davon, die tief beladen waren, wurden aus stark gesicherten nach England gehenden Geleitzügen herausgeschossen. Zwei der Dampfer waren bewaffnet und englischer Nationalität. Ein anderer versenkter Dampfer fuhr unter englischer Kriegsflagge und war demnach ein englisches Hilfskriegsschiff. Der Chef des Admiraltabes der Marine.

Schleichhandel und Lebensmittelwucher

Wir kommen heute auf Wunsch einer großen Anzahl Leser auf die in der letzten Nummer der 'Volkswacht' besprochene Ernährungsbeschäftigung des Magistrats von Neudölln wegen ihrer großen allgemeinen Bedeutung zurück.

Dieserigen Gemeinden, die sich bemüht haben, den grundlegenden Vorschriften der geltenden Verordnungen wenigstens in der Hauptfrage gerecht zu werden, stehen hinsichtlich der Lebensmittelversorgung für die kommende Zeit vor unlöslichen Aufgaben.

Diese Zustände sind dadurch herbeigeführt worden, daß das Wirtschaftssystem der Reichsstellen für Lebensmittelversorgung vollkommen verlagert hat, wie wir dies an der Hand der nachstehenden Darlegungen für die einzelnen Lebensmittel nachweisen werden.

Es wird dann in der Eingabe gezeugt, wie den Kommunalverbänden fortgesetzt Angebote von Schiebern zugehen, die sich nicht scheuen, Saatgetreide in Tausenden von Zentnern zur Verwendung als Lebensmittel anzubieten, ebenso Hülsenfrüchte, wie Saaterbsen, Bohnen, Wicken usw.

Einem Groß-Berliner Gemeinde, welche 900 Zentner Ammoniak ihren Gemüßlieferanten zur Verfügung stellen konnte, ist es auf diese Weise möglich geworden, große Beträge über Gemüßlieferungen abzuschließen, so daß sie ihre Bürger halbzentnerweise mit Gemüse aus dem Wintermarkt versorgen kann, während in den anderen Gemeinden jetzt Gemüßmangel herrscht.

Wenn nun auf Grund der dem System der Anbau- und Lieferungsverträge anhaftenden Mängel die Zustände auf dem Gemüßmarkt schon bis vor einigen Monaten unhaltbar waren, so sind sie etwa Mitte September gänzlich unerträglich geworden. Dadurch nämlich, daß neben dem durch Verträge gesicherten Gemüse noch freies Gemüse sich im Handel befindet, für das bei der allgemeinen Gemüßnot bekanntlich jeder geforderte Preis gezahlt wird, entsteht für die Anbauer, die ihr Gemüse durch Verträge festgelegt haben, der Anreiz, dieses nicht an ihre Vertragsgegner zu den im Verträge vereinbarten Preisen abzuliefern, sondern im Wege des freien Handels zu bedeutend höheren Preisen abzusetzen.

Infolge dieses Umstandes hat Neudölln aus seinen gesamten Abhängigen von etwa 200 000 Zentnern allein an Herbstgemüse nur etwa 5000 bis 10 000 Zentner geliefert bekommen, und trotz mehrfacher Anfragen bei den in Frage kommenden Erzeugern keine weiteren Lieferungen erhalten. Es blieb nichts weiter übrig, als Gemüse im freien Handel aufzukaufen, und zwar traf man hier wiederum auf die besonders unangenehme Konkurrenz von Großindustriellen Unternehmungen und anderen zahlungsfähigen Großhändlern, hierdurch wurde die Stadt gezwungen, ebenfalls die festgesetzten Höchstpreise zu überschreiten, um das für die Ernährung der Arbeiterbevölkerung dringend notwendige Gemüse heranzuschaffen. Die Preise wurden im freien Handel von Tag zu Tag weiter in die Höhe getrieben, was zum großen Teil auch darauf zurückzuführen ist, daß Viehhalter Gemüse zu jedem Preise aufkaufen, um es bei der großen Futtermittelknappheit an ihr Vieh zu verfüttern.

Zum Schluß wird noch bemerkt, daß zurzeit sowohl von Landes- als auch von Reichsbehörden an ihre Angehörigen Gemüse in größeren Mengen zu einem Preise verkauft wird, der den festgesetzten Höchstpreis ganz erheblich überschreitet. So wurde, um nur zwei Beispiele herauszugreifen, von einer dieser Stellen Weißkohl, dessen Höchstpreis 12 Pf. beträgt mit 40 Mk. pro Zentner an die

Angehörigen verkauft, während eine andere Stelle Mohrrüben, für die ein Kleinhandelsbestpreis von 16 Pf. festgesetzt ist, zum Preise von 22 Pf. an die Angehörigen verkauft hat.

Alles dies trägt dazu bei, die Zustände auf dem Gemüßmarkt von Tag zu Tag unhaltbarer zu gestalten, und führt dazu, daß die Wirkung der Verordnungen vollständig verloren geht.

Am tollsten geht es wohl in der Fleischversorgung zu. Darüber sagt der Neudöllner Magistrat:

In der Fleischversorgung ist die Verteilung nach Maßgabe der von den eingerichteten Viehorganisationen überwiesenen Schlachtviehmengen an sich zweckentsprechend geregelt. Die Viehanlieferungen der Viehhandelsverbände sind zwar zeitweise, besonders im Monat September d. J., unregelmäßig erfolgt, die Schweinefleischlieferungen auch erheblich — wöchentlich von durchschnittlich 450 Stück auf höchstens 50 Stück pro Woche — zurückgegangen, so daß sehr wenig, im September d. J. überhaupt kein Schweinefleisch an die Bevölkerung verteilt werden konnte.

Die infolge Futtermangels angeordnete Erhöhung der Preise für Jungschweine, um eine erhebliche Verringerung des Schweinebestandes zu erzielen, ist ohne Einfluß auf die direkte regelmäßige Zufuhr geblieben. Um die Gelegenheit, Jungschweine, die in großen Mengen von der Landbevölkerung im September und Oktober d. J. abgekauft wurden, zu kaufen und in dieser Zeit jeder Haushaltung unserer Bevölkerung wieder Schweinefleisch zuführen zu können, nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen, haben wir, wie auch andere Städte, in den beiden Monaten etwa 5000 Jungschweine (Spannfertel) von einem Viehhandelsverband bezogen. Der Ankauf ist aber nur durch einen Vermittler gegen Zahlung eines höheren Preises von 1,90 Mk. je Pfund (anstatt 1,60 Mk. wie festgesetzt) möglich gewesen. Obwohl der Viehhandel ausschließlich in den Händen der dafür geschaffenen Organisationen liegt, sind bei Innehaltung der Höchstpreise Schweine fast gar nicht oder nur in ganz geringen Mengen zu haben gewesen, dagegen gleich zu Tausenden durch dieselbe Organisation, sobald höhere Preise gezahlt wurden.

Ähnlich verhält es sich jetzt mit der Beschaffung von Schlachtvieh, indem trotz der immer wieder betonten Wichtigkeit. So sind in den letzten Tagen wiederum durch Viehhandelsverbände bzw. deren Mittelspersonen 300 bzw. 1000 Zentner geschlachtete Rinder zu 2,70 Mk. bis 3,65 Mk. je Pfund ausschließlich Fracht angeboten worden. Die festgesetzten Stallpreise werden etwa bis zu 75 Prozent überschritten.

Bei Beschaffung der lebenden Gänse, die unter Innehaltung der Höchstpreise einschließlich Fracht und Provision nicht zu haben waren, mußten bis zu 7 Mk. pro Stück mehr gezahlt werden. Auch bei geschlachteten Gänsen mußte der Höchstpreis von 3,57 Mk. je Pfund um 1,75 Mk. überschritten werden.

Die Versorgung der Arbeiter in der Rüstungsindustrie mit Fleischwaren, Fett und Butter sollte durch die sogenannte Hindenburgpende sichergestellt werden. Infolge der ungleichen Verteilung kam Neudölln auch dabei zu kurz. Es fanden sich aber Schieber, die auch hier wieder — gegen entsprechenden Wucherlohn — ausschalten. Die Denkschrift sagt: Gegen diese Anläufe wurden in unserer Kriegsnostandskommission wegen der Verdienste der Wucherer in jeder Sitzung erhebliche Bedenken geltend gemacht. Wir wurden aber gezwungen, dieselben beizubehalten, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Kleinindustrie auf Fortsetzung dieser Lieferungen mit dem Hinweis bestanden, daß in anderen Städten eine Versorgung der Arbeiter auf gleicher Grundlage entweder durch die Rüstungsindustrie selbst oder die Städte stattfindet. Seit drei Wochen sind wir jedoch gezwungen, von diesem Marke zurückzutreten, weil die Großindustrie im Rüstungsgewerbe jetzt Preise zahlt, die für den Arbeiter unerreichbar sind.

Die Denkschrift schließt:

„Eine gleichmäßige Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel ist daher das Gebot der heutigen Zeit. Daß dieses Ziel allein noch im Wege der Verordnungen mit Strafabdrohung erreicht werden kann, muß nach den gemachten Erfahrungen stark bezweifelt werden, und zwar um so mehr, als bereits die Behörden gezwungen waren, sich über diese Verordnungen hinwegzusetzen, um einigermaßen eine bessere Verteilung der Lebensmittel durchzuführen zu können, als dies auf legalem Wege möglich gewesen wäre. Wir sind der Meinung, daß eine ersprießliche Neuordnung der Dinge nur auf dem Wege der behördlichen Erfassung sämtlicher Lebensmittel am Produktionsort

zu erreichen ist. Diese Erfassung muß aber nicht allein durch Interessenten, wie dies in den Kriegsgesellschaften in der Regel der Fall ist, sondern durch unparteiliche Überwachungsorgane vorzunehmen sein.

Wir sprechen die Erwartung aus, daß das Kriegsernährungsamt angesichts der unhaltbaren Zustände, die mit Sicherheit zu Katastrophen führen müssen, schleunigst geeignete Maßnahmen ergreifen wird, um die Ursachen der Hungersnot zu beheben. Die städtischen Körperschaften haben durch einstimmigen Beschluß dargelegt, daß sie es als ihre Hauptaufgabe betrachten, unbedingt die Bevölkerung mit den erforderlichen Lebensmitteln zu versorgen, und daß sie gewillt sind, dieses Ziel auf den schon beschrittenen legalen Wegen zu verfolgen, wenn das Kriegsernährungsamt nicht baldigst Abhilfe schafft, und zwar auch dann, wenn

der wirtschaftliche Ruin der Stadt durch die Zahlung der Wucherpreise, die sie ihrer minderbemittelten Bevölkerung nicht auferlegen kann, herbeigeführt werden sollte.

Was hier von Neudölln gesagt ist, wird jede andere Stadt im Reich mit überwiegend ärmerer Bevölkerung von sich auch sagen müssen. Die Opfer, die diese Städte dem Lebensmittelwucher darzubringen gezwungen sind, übersteigt alles Maß und erschöpfen ihre Mittel. Es ist Betrug, der an unserem Volke verübt wird. Auf der einen Seite sind ihm Entbehrungen auferlegt.

Auf der anderen Seite sind Lebensmittel in Hülle und Fülle zurückgehalten, um nur zum Vorschein zu kommen, wenn die Gewinnlust der Verkäufer vorliebzig wird. Dem Volke wird gesagt, es müsse durchhalten, und unterdessen plündern die 'Kriegsgewinner', die ihren Sieg schon in der Tasche haben, das eigene Volk aus. Darf man sich bei solchen Zuständen wundern, daß die Machthaber Englands noch immer darauf rechnen, das deutsche Volk werde doch noch zusammenbrechen? Schleichhandel und Lebensmittelwucher sind Englands beste Verbündete.

Die Wirkungen dieses Zustandes müssen sich selbstverständlich dort am nachteiligsten bemerkbar machen, wo Stadtverwaltungen in der Ernährungsfrage in völliger Verkennung ihrer Aufgaben eine Händlerpolitik treiben, die so gut wie ausschließlich auf die Sicherung des Händlerprofits hinausläuft.

Die Nahrungsmittel-Großschieberungen sind der großagrarischen Presse, voran 'Kreuzzeitung' und 'Deutsche Tageszeitung', sehr unbecquem. Handelt es sich doch um aus Notwehr gemachte amtliche Feststellungen eines Magistrats über kriegswucherische Schieberungen mit ganzen Eisenbahnzügen Lebensmitteln. In ihrer 'Rationalität' fordert die 'Deutsche Tageszeitung' sogar den Abbau der Zwangsbeschaffung, die 'allein Besserung verschaffen kann'. Für den grenzenlosen Lebensmittelwucher gibt es allerdings keine wirksamere 'Besserung'!

Am peinlichsten dürfte es für die Konservativen und ihren Anhang sein, daß es einer aus ihren eigenen Reihen ist, der die Anklageschrift verfaßt hat. Wie der 'Vorwärts' nämlich weiter mitteilt, ist der Verfasser der Eingabe jener Neudöllner Stadtrat hier, der im Jahre 1913 für die konservative Partei zum preussischen Abgeordnetenhaus kandidiert hat. Ueber den Umfang der Schieberungen bringt die Neudöllner Denkschrift eine statistische Anlage, die sich ausschließlich auf den Gemüßwucher bezieht. Der 'Vorwärts' macht daraus noch folgende Angaben:

Es wird darin angegeben, welche Mengen von Gemüse und zu welchen Preisen von September bis Mitte November der Gemeinde angeboten bzw. von ihr übernommen worden sind. Die Statistik ist leider nicht vollständig, bei allererhöhter Schätzung aber handelt es sich um mindestens 425 Waggons Gemüse, die in Neudölln im Zeitraum von zehn Wochen zu Wucherpreisen 'verschoben' worden sind. Darunter befinden sich rund 100 Waggons rote Möhren: Höchstpreis 8-11 Mk., geforderter bzw. gezahlter Preis

ich habe recht, wenn ich sage: Der Mann, der gegenüber einer gesunden, anziehenden Frau kein Verlangen fühlt, ist kein wirklicher Mann. Wie lassen sich nun Ihre und meine Wahrheit vereinigen? Das weiß ich aus meiner eigenen Entwicklung. Die Kraft der Sinnlichkeit ist zugleich die des Mutes, der Phantasie, der Farben; es ist genau die gleiche Kraft, die einen Menschen befähigt, mit Begeisterung für eine Sache zu sterben. Denken Sie sich einen Brief wie diesen von einem Manne an eine Frau, von einem, der niemals ein Wort mit derjenigen gesprochen hat, an die er schreibt: das wäre noch vor wenigen Jahren eine Unmöglichkeit gewesen. Mein ganzes kurzes Leben bedeutet eine kleine Revolution in dieser Beziehung. Und leben Sie, auch über andere Dinge habe ich Redefreiheit geschaffen. ... Anstelle der Scham aus Unwissenheit und Keuschheit wird die Scham aus Wahrheit, Mut und Ehrlichkeit treten, die viel schöner ist. An die Stelle dummer Hingebung infolge eines dumpfen, tagelichen Begehrens: bewußter, freier Wille aus eigener Wahl. Wir freilich werden es nicht mehr erleben; darüber werden Geschlechter hingehen.

Die Kugel im Herzen. Die Zahl der wertwürdigen Herzschüsse wird jetzt um einen selteneren Fall vermehrt, den B. Ascoli in einem italienischen medizinischen Fachblatt erzählt. Ein italienischer Soldat erhielt am 18. Juli 1915 in einem Schützengraben bei Podgora eine Schußverletzung durch eine Schrapnellkugel, die in die linke Rückenfläche eindrang. Der Verwundete wurde nach mehrfacher Untersuchung in das Hauptlazarett von Pavia gebracht, und am 1. August stellte man durch radiographische Aufnahme fest, daß ein kleines Projektil im Körper verblieben war. Nächstens wurde die Schmerzen des Patienten zu, und er mußte völlig magerrecht liegen. Am 1. September wurde eine neue Röntgenbeleuchtung vorgenommen, und das Projektil schien verschwunden. Nach langen Untersuchungen stellte man fest, daß es sich mitten im Herzen befand, und zwar in der rechten Kammer. Es war, begünstigt durch die Lage des Patienten, durch eine Wunde dahin gelangt, und von nun an erholte sich der Soldat sehr schnell, er konnte bald darauf entlassen werden und hat seitdem niemals mehr die geringste Belästigung verspürt.

Björnson über die freie Liebe

Aus neuer veröffentlichten Briefen des Dichters.

In ihrer letzten Sonntagsausgabe veröffentlichte 'Politiken' eine Reihe Briefe des norwegischen Dichters Björnsterne Björnsons an Amalie Stram, die hervorragende norwegische Schriftstellerin. Sie stammen in der Hauptsache aus den Jahren 1879-81, in denen Björnson sich besonders stark mit dem jeguellen Problem beschäftigte. Es ist denn auch so gut wie ausschließlich diese Frage, über die er sich seiner Landsmännin gegenüber ausdrückt, und zwar mit einer Offenherzigkeit und innerlichen Kraft, die äußerst charakteristisch für ihn ist.

„Als ich mich im Winter ernsthaft daran machte, die sogenannte freie Liebe zu untersuchen und den neuen Sittlichkeitsbegriff, auf den sie gegründet ist, da machte ich,“ so schreibt der Dichter am 1. April 1879, „Studien in der Geschichte und über die Wirkungen unserer Sittlichkeitsbegriffe, das lehrreichste Studium, das ich jemals getrieben habe. Die Sittlichkeitslehre des ersten Christentums war nicht die zu jener Zeit allgemeine, sondern zunächst die einiger schwärmerischer Sekten, zu denen mehrere der Apostel und wahrscheinlich Jesus selbst gehörten, und die von Indien nach den westlicheren Ländern gekommen waren. Mit andern Worten: sie ist natürlich irreführend, gefährlich. Sie hat der Welt mehr geschadet, als alle übrigen Plagen zusammen; sie ist der Urheber von Armut, Prostitution, Geschlechtskrankheiten, Charakterverderbnis, Schwächen auf allen Gebieten. Hier stehe ich vor dem schwersten Problem unserer Zeit, von dem ich bis zum Winter noch gar nichts wußte. Unsere Generation kann noch nichts in dieser Sache tun (abgesehen von Aerzten, Philosophen und Staatswissenschaftlern); aber bereits die nächste muß sie teilweise in die Diskussion aufnehmen, und die ihr folgende wird sich ihrerhalb in einen Kampf auf Leben und Tod stürzen. Und es werden Frauen sein, die sich der freien Liebe anschließen werden; denn die Befreiung der Frauen liegt hier, ausschließlich hier. Und auch ihre Gesundheit liegt hier.“ „Goethes Gretchen“, so fährt Björnson am 19. April fort, „hat ihr Kind, ihre Mutter und, mittelbar, auch ihren

Bruder getötet. Dies alles spricht bei ihrer Schuld und Sühne mit. Ich muß daran festhalten, daß es wertvolle Frauen sind, die verführt werden, ohne daß es in ihnen schmerzhaft widerlingt. Der Mensch wird eben da getroffen, wo er zu treffen ist. Und es kann sich hierbei in dem Grade um eine natürliche Sache handeln, daß sie sich daran erinnern oder sie vergessen, wie eine Mahlzeit. Sie sind nicht unfeusch; es ist ihnen geschehen, halb aus Zufall, halb aus Reugier, und so gehen sie denn weiter, kommen in ernsthafte Verhältnisse, gehen darin auf, tüchtig, stark, warm, gesund. Ich kenne sie, und ich weiß, wovon ich spreche. Im übrigen erregt mich im Sittlichkeitskapitel jene Art von Geistigkeit, die das Physische ruiniert. Unsere sittlichen Gesetze und Begriffe haben in dem armen Einzelwesen mehr als die Gesundheit ruiniert, und im Gemeinwesen haben sie ungefähr all die herrschenden Unsittlichkeiten geschaffen: sie unterhalten unsere Vordelle, unsere heimlichen Sünden und Krankheiten, unsere Armut und unsere Charakterchwäche und Verlogenheit. Die Allgemeinheit ist nämlich nicht so, wie die Schwärmer sind, die die Gesetze geschaffen haben. Die Wissenschaftler der freien Sittlichkeit wollen keine Ehe, außer jener, die die Betreffenden selbst geweiht haben. Für sie ist die Hauptsache, daß die Frau sittliche Kraft genug hat, kein Kind in die Welt zu setzen, bevor sie selbst es ganz und gar ernähren kann. Erst dann hat sie die volle Achtung des Mannes. Damit die Frau ihre sittliche Kraft erlangen kann, muß ihr alles wie dem Manne offenstehen. Sie muß Pfarrer, Richter, Arzt, Handwerker, Kaufmann, kurz alles, was sie kann und will, sein dürfen. Niemand darf das Recht haben, mehr als ein, höchstens zwei Kinder zu erziehen; denn der Reichste besteht doch die anderen, wenn er mehr Kinder in die Welt setzt; der Staat allein kann eine gewisse Anzahl erziehen, wobei alle gleiche Rechte haben. Dies (praktisch) bereits in Frankreich durchgeführt, das daher keine Armut kennt) wird wiederum ein Sittengesetz genannt werden. Unter dem neuen Sittlichkeitsgesetz wird, unter jenen neuen Voraussetzungen die Frau die gesamte Sittlichkeitsmoral verwalten. Und dies ist unser Heil! Sie haben vollständig recht darin, daß die Liebe zwischen Mann und Frau, wie wir sie bei uns sehen, hauptsächlich von der Seite des Mannes widerwärtig gemacht wird. Aber auch

Mehrere Vorschriften für Kartoffelbrot und Kriegsbuchen ohne Milch und Fett seien hiermit zur Kenntnis gegeben. Ihre genaue Befolgung verbürgt den Erfolg.

A. Kartoffelbrot:

1. Man mache aus 4-5 Büffel Mehl Sauerteig und lasse ihn 4-5 Tage stehen, damit er gut durchfähert.
2. Dann nehme man des abens 4 1/2 Pfund Mehl und bebrühe es mit kochendem Wasser, rühre es durch, daß es einen dicken Brei abgibt.
3. Nun kochte man 3 Pfund Kartoffeln in der Schale, enthäute, reibe und schütte sie über den Brei.
4. Dann lasse man den Sauerteig über die Kartoffeln, lasse das Ganze abkühlen bis es lauwarm ist. Jetzt wird es mit den Händen tüchtig durchgetnetet, bis sich Mehl und Kartoffeln mit einander verbunden haben. Nun lasse man den Teig bis zum Morgen stehen, knete so viel Mehl hinzu, bis der Teig fest wird — nicht zu weich, auch nicht zu fest.

Wer das Brot nicht so sauer liebt, nehme bei dem ersten Durchkneten weniger Sauerteig, dafür etwas Hefen (5 bis 10 Pf.), dann lasse man den Teig auch ein Brotblech und lasse ihn nochmals gehen.

Inzwischen heize man den Stubenofen, nehme dann die Kohlen heraus und tue sie in das Aschenloch und lasse den verschlossenen Ofen eine halbe Stunde stehen, damit die Hitze sich legt. Kartoffelbrot braucht stärkere Hitze als ein anderes Brot. Dann das Brot hineinstecken und nach einer Viertelstunde das vordere Ende nach hinten drehen, da hinten die Hitze größer ist. Backzeit 1 1/2 Stunde.

Das Brot sieht zarter aus als Brot aus reinem Kriegsmehl und schmeckt bedeutend besser.

B. Kartoffelkuchen:

Man nehme 2 Pfund Weizenmehl, 1/4 Liter Wasser, 1/2 Pfund Zucker und 1 1/2 Pfund gekochte geriebene Kartoffeln, menge es mit einem Backpulver (Ferment), andere Backpulver 1 1/2 Päckchen, zu einem Teig zusammen, der nicht zu fest sein darf, streiche ihn in die Form und schiebe ihn in den Ofen, wo der Kuchen bei mäßiger Hitze 1 Stunde backen muß.

C. Apfelmehlkuchen:

Man nehme 2 Pfund Weizenmehl, 1/4 Liter Wasser, 1/2 Pfund Zucker, 1 Pfund gekochte und geriebene Kartoffeln, menge sie mit einem, bezw. 1 1/2 Backpulver zu einem nicht zu festen Teig zusammen, streiche die Hälfte des Teiges in eine Form, lege darüber den Rest des Teiges. Backzeit wie vorher. Statt Wasser kann man auch Milch nehmen, dazu etwas Butter, 1-2 Eier, wer solche Sachen hat.

D. Pfefferkuchen für das Einpfundpaket ins Feld:

Man nehme 1 1/2 Pfund Weizenmehl und mische es mit etwas Gewürznelken, Zimt usw. Dann kochte man aus einem Fläschchen Honigaroma nach darauf befindlicher Vorschrift mit 2 Pfund zu dem Honig und gieße diesen in kochendem Zustande über die Mehlmischung und rühre sie zu einem Brei. Nach Abkühlung menge man noch 1 1/2 Pfund Mehl mit Hirsenhornsalz für 10 Pf. und einem Backpulver hinzu, daß der Teig ziemlich fest wird. Dann rolle man ihn auf der Tischplatte 3 bis 5 Millimeter stark aus und steche daraus allerlei Figuren, lege diese auf Kuchenbleche und lasse sie 10 bis 15 Minuten backen, bis sie bräunlich werden. Sie schmecken gut und halten sich sehr lange, wenn sie nicht aufgebacken werden. Ein Feldpostpäckchen habe folgenden Inhalt:

Ein Reklamheft oder ein Heft aus der Deutschen Jugendbüchererei:

300 Gramm Pfefferkuchen; der Rest Rauchwaren.

Ueber vorzeitigen Verbrauch eingekellter Kartoffeln

Schreibt uns der Danziger Regierungspräsident:

In der Meinung, daß die reichlichere Kartoffelernte dieses Jahres einen unbeschränkten Verbrauch zulasse, sind viele Haushaltungen, welche ihren Wintervorrat erhalten haben, nicht darauf bedacht, mit dem festgesetzten Wochenkopfsatz von 7 Pfund auch wirklich auszukommen, sondern überschreiten den Satz unter Eingriff in den eingekellerten Wintervorrat. Vor diesem Verfahren kann nicht eindringlich genug gewarnt werden, da der durch nachlässige Behandlung oder unzulässigen Mehrverbrauch entstandene Ausfall später nicht durch Zuweisung weiterer Kartoffeln ausgeglichen werden kann. Die Ernte wird vielfach überschätzt und auch die Beförderungsverhältnisse lassen eine nachträgliche Mehrzuteilung nicht zu. Die Gemeinden sind deshalb von den Aufsichtsbehörden angewiesen, die Haushaltungen, welche ihren Wintervorrat an Kartoffeln eingekellert haben, durch örtliche Revisionen zu überwachen und im Falle des Mehrverzehrs die Kartoffelvorräte wegzunehmen.

Keine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund.

Bei einer Besprechung mit Vertretern der Berliner Presse hat das Kriegsernährungsamt durch Unterstaatssekretär Dr. August Müller erklären lassen, daß die Erhöhung der Wochenmenge an Kartoffeln von 7 auf 10 Pfund nicht möglich ist! Der „Vorwärts“ erklärt dazu:

„Uns haben die Gründe des Kriegsernährungsamts für die Ablehnung der Erhöhung nicht überzeugt. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß eine Erhöhung bei der vorhandenen guten Ernte auf 10 Pfund möglich ist und daher auch unbedingt im Interesse der Volksernährung durchgeführt werden muß. Schon heute werden wieder große Mengen Kartoffeln im Schleichhandel zu 15 bis 20 Mark vertrieben. Nur wer wünscht, daß dieser Handel eine noch größere Ausdehnung erfährt, kann wünschen, daß die zuletzt übrigbleibenden Kartoffelmengen den Landwirten zur Verfütterung an das Vieh überlassen werden. Wovon soll sich die städtische Bevölkerung denn schließlich noch ernähren, wenn nun noch die Hauptnahrungsmittel wie Kartoffeln und Brot in durchaus ungenügender Menge gegeben werden? Die Folge wird sein, daß wie beim Brot, wo ja Brotarten jetzt schon mit 5 Mark das Stück gehandelt werden, nun ein ebenso schwunghafter Handel mit Kartoffeln einsetzt wird. Der allem werden es wieder die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sein, die am meisten unter dieser Mißwirtschaft zu leiden haben, denn sie sind am wenigsten in der Lage, die hohen Schleichhandelspreise zu zahlen. Um dieser Mißwirtschaft vorzubeugen, verlangen wir daher von unseren Vertretern vor allem in den Kommunen, daß sie nachdrücklich für eine Erhöhung der Kartoffelration eintreten.“

Der Kreisgau für Konsumenteninteressen

wählte in seiner letzten Sitzung den Betriebsleiter Robert Müller in Schellmühl zum Kassensführer. Er erörterte darauf eine Reihe von Ernährungsfragen. Die wuchernden Preissteigerungen und der Schleichhandel sind große Schädlinge, mögen die Behörden nicht ausreichend vorgehen. Für Drogist ist die Milch unnötig um 5 Pfennig teurer gemacht, wie für andere Orte und jetzt werde angekündigt, den Erzeugern darüber hinaus noch weitere Zuschüsse zu gewähren. Gemüse und Obst sei durch die Provinzialstelle stark verteuert worden. Ungewöhnliche Gewinne sind dem Zwischenhandel zugebilligt. Die Zuschläge für den Handel dürfen nicht nach Prozentsätzen berechnet werden. Es wurde beschlossen, sich dem Vorgehen des Kreisgauausschusses in Dortmund anzuschließen und eine Petition an den Reichstag zu richten. Die sich insbesondere gegen die Reichsstelle für Gemüse und Obst wenden sollte, die sich zu nachgiebig gezeigt habe. Dem Großhandel wurden 18-20 % und dem Kleinhandel 30 % Zuschlag zugewilligt. Diese Zuschläge für den Großhandel sind bis zu 100 und 157 % in die Höhe geschraubt worden. Diese unfairen hohen Gewinne werden dazu benutzt, die Erzeugerhöchstpreise zu überschreiten und leisten dem Schleichhandel Vorschub.

Weiter wurde beschlossen, gegen die Verminderung der Butterlieferung geeignete Schritte zu unternehmen. Ferner wurde die Einführung der Gemüse- und Obstkarte gewünscht. Der jetzige Verkauf der Weihnachtsäpfel liefere den letzten Beweis dafür, daß es ohne Verkaufsregelung nicht geht. Lange Reihen stehen vor den Obstverkaufsstellen. 2 Pfund Äpfel kann jeder so oft kaufen, wie er stehen mag. Wer das nicht will oder kann, bekommt keine. Bezüglich der Kartoffellieferung wurde bemängelt, daß die Zuweisung zu gering sei und oft schlechte Kartoffeln zum Essen und gute zum Verfüttern geliefert werden. Als neues Mitglied wurde die Ortsgruppe der Bodenreformer aufgenommen.

Der Milchvieh des Herrn Kommerzienrats.

Ein Redakteur des Kölner Parteiblattes hat am Bahnhof Köln-Süd einen Boten abgefaßt, der täglich in zwei Kannen 15 bis 20 Liter Milch von Remagen zu dem Kommerzienrat Arnold von Gullekaume nach Köln brachte. Zwei Kühe waren für diesen Zweck auf einem Gute in Remagen untergestellt. Das Ungeheuerlichste aber ist, daß der Landrat von Ahrweiler und der Bürgermeister von Remagen trotz großer Milchnot im Rheinland die Ausfuhrerlaubnis für die Milch zur Versorgung des Herrn Kommerzienrats erteilten. Unser Kölner Parteiblatt veröffentlicht die ungläubliche Urkunde und fragt den Herrn Regierungspräsidenten, was mit Beamten geschehe, die etwa 40 Kindern die Milch entziehen, um sie einem vieljährigen Millionär zuzuführen. Wenn hungrige Großstadtkinder etwas Kartoffeln aus den Dörfern holen wollten, gehe die Gendarmerie gegen sie vor!

Schmalz als Wagenöl.

Der Dekonom des Herren- und Abgeordnetenhauses, R. Pfuhl, erhielt vor einigen Wochen von dem Pommerischen Viehhandelsverband einen Wagon Schmalz zur Verwendung für die Kühen des Herren- und Abgeordnetenhauses. Durch eine Anzeige erhielt die Staatsanwaltschaft I zu Berlin Kenntnis von der Schmalzsendung, die, wie Pfuhl auslegte, um Diebstähle zu vermeiden, auf dem Frachtbrief als „Wagenöl“ deklariert war. Obgleich es sich um rationierte Lebensmittel handelt, lehnte die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten gegen Pfuhl ab.

Der Kaninchenzüchterverein für Danzig und Umgegend

„Ist kürzlich seine Monatsversammlung im Vereinslokal, Kaiserhof, Heilige Geistgasse, ab. Einige Neuaufnahmen wurden vollzogen. Eine Besprechung über Behandlung der Ausstellungstiere brachte eine rege Diskussion. Als Ausstellungsgleiter wurden an Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder die Herren Hecht, Dietrich, Diek und Winkelmann gewählt. Als Preisrichter wurden die Herren Tobe, Pöjen, und Behrendt, zurzeit Danzig, vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Der Vorsitzende teilte mit, daß Regierungspräsident, Czöllenz von Jagow, das Protokoll über die Ausstellung angenommen hat und bisher vom Ehrenausschuß etwa 200 Mk. für Preise gestiftet wurden. Der Ausstellungsgleiter berichtete hierauf über die bisher geleisteten Arbeiten und ermahnte, da der Saal im Kaiserhof als Ausstellungstotal zu klein ist, der Ausstellungsgleitung die Wahl eines anderen Lokals zu überlassen.“

Starker Tobak.

In der „Dresdener Volkszeitung“ lesen wir: Aus dem Felde sind in der letzten Zeit verschiedenlich Zigarren und Zigaretten, die den Mannschaften als tägliche Rauchgabe zuteilen, zugesandt worden, die die Kritik geradezu herausfordern. Auch hier in der Heimat sind die Raucher, was Stamm und Art der Zigarren angeht, keineswegs mehr verwöhnt, aber diese Sorte gehört in des Wortes verwegener Bedeutung unter die Marke: „Handgranate“. Verwöhnt sind unsere Zigarren gewiß nicht, und sie wissen und verstehen auch, daß die Zigarren nicht mehr so sind und sein können wie ehedem. Aber sie können doch etwas Besseres erwarten und verlangen, als diese „Glimmeln“, die ihre Gesundheit noch mehr untergraben helfen. Wir möchten daher die dringende Bitte an die maßgebenden Stellen richten, dahin wirken zu wollen, daß den Lieferanten etwas besser auf die Finger gesehen und den betreffenden militärischen Einkäufern das Verantwortlichkeitsgefühl geschärft wird.

Ein Sammlung Zigaretten, die uns ebenfalls von Feldgrauen „zur Probe“ gesandt worden ist, zeigt uns, in welcher trübseligen Weise der eine und andere Hersteller dieses Rauchmaterials verfährt. Ja geradezu Wucher treibt. Diese sogenannten Zigaretten bestehen zu zwei Dritteln aus Pappmüll und einem Drittel aus fragwürdigem Tobak. Die hier in Frage kommenden militärischen Behörden mögen diesen „Papierverschwendern“ klar machen, daß unsere Soldaten nicht Papier-, sondern Tabakraucher sind und sich eine solche Velleierung von Rauchmaterial ganz entschieden verbitten. Auch die Papierverteilungsstelle in Berlin sei auf diesen Mißbrauch, den diese „Zigarettenfabrikanten“ mit dem ohnehin knappen Papiervorrat treiben, aufmerksam gemacht.

Eine neue Preisserhöhung für Zigaretten wurde vor kurzem angekündigt. Gleichzeitig soll das bisherige Zigarettenkontingent um 15 Prozent verringert werden. Gegen die Preisserhöhung nimmt jetzt die „Frankfurter Zeitung“ Stellung. Sie schreibt: „Aus einer statistischen Arbeit unseres Handelsrats ergab sich, daß in der Zigarettenindustrie eine Steigerung des Reingewinns auf das Doppelte keine Seltenheit war, und daß jährliche Rückstellungen, die einen ansehnlichen Bruchteil des Aktienkapitals ausmachten, gleichfalls zur Regel gehörten. Die Dividenden betragen in den Jahren 1914 bis 1916 z. B. bei der Compagnie Reformer 10, 15 und 20 Prozent, bei der Zigarettenfabrik Patria 18, 20 und 30 Prozent, bei der Essfischen Tabakmanufaktur 12 und 25 Prozent und so geht es weiter. Wir zweifeln trotzdem nicht daran, daß die Fabriken neue Preisserhöhungen für sehr eilig halten. Denn warum nicht? Die Kriegskonjunktur ist günstig, und Kriegsmoral heißt nehmen, was man kriegen kann!“

* Sorgsame Pflege der „kranken“ Schuhe. Die Knappheit an Schuhwaren bringt es mit sich, daß jeder seine alten Schuhe so lange trägt, bis sie buchstäblich auseinanderfallen, dann soll die Schuhmacherwerkstätte die Ruinen „auf neu“ ausbessern mit Klappen, Klebern usw. Das ist eine überaus zeitraubende und kostspielige Arbeit. Der Erfolg ist oft zweifelhaft. Das alte Leder reißt beim Steppen aus, die Schuhe werden zu eng und was dergleichen Accar-

lichkeiten mehr sind. Außerdem stellen herartige Mißbräuelen, die Frieden kein Schuhmachermeister annehmen würde, an die Ge- und die Ausdauer der Facharbeiter übermäßige Anforderungen. Manche Leute mit dringenden Arbeiten müssen warten, weil die Leistungsfähigkeit des Betriebes durch diese Mißbräuelen außerordentlich vermindert wird. Man bringe daher die Schuhe gleich bei den ersten kleinen Schäden Verbrauch! Verbrauch! die Sohlen möglichst nicht durch und durch. Wartet nicht, bis die Vordertappen ganz durchgestoßen sind; kommt ehe zwischen Oberleder und Sohle rechts und links Löcher kaffen! Achtet, daß die Ränder den Nüssen aus dem Wege gehen, daß sie beim Gehen die Sohlen nicht über das Pflaster reiben, daß sie nicht „Steinstößen“ spielen und nasse Schuhe nicht auf oder in heißen Ofen trocknen. Besonders letzteres kommt sehr häufig vor! Nasse Schuhe dürfen nicht auf den Boden gestellt werden. Sie müssen wenigstens festlich hingelegt werden, damit die Sohlen an der Luft trocknen können. Besser ist, sie auf einem Latentrost zu stellen, am allerbesten ist es, die Schuhe auf Stöcken aufzuhängen. In ein einfaches Brett werden alte Spazierstöcke oder Besenstiele befestigt und auf jeden Stock ein Schuh gehängt in der Weise, daß die Innensohle der Vordertappe das Ende des Stodes berührt. Auf solche Weise gepflegt, halten die Schuhe außerordentlich lang. Wenn dann die notwendig werdenenden Ausbesserungen ohne Zögern ausgeführt werden, spart jeder Schuhe, Geld und Nerven.

Höhere Armen-Unterstützungen

sind ebenso unbedingt erforderlich, wie die Erhöhung der Renten der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner, deren Notwendigkeit die Sozialdemokratie immer wieder betont hat. Auf diese Arten, Schwachen und Hilflösen lastet die Kriegsteuerung am allerschwersten. Sie können sich am allerwenigsten gegen die Verbrechen des Kriegswuchers schützen. Die Armen, die von der Gemeinde unterstützt werden, leiden unter dem Druck der Kriegsnöte noch schwerer, weil sie ja nicht einmal das Recht auf die lange Unterstützung haben, das immer noch dem Rentner der Sozialversicherung zur Seite steht. So fehlt ihnen im Gefühl der Armut, die man gibt aber auch nehmen kann, nur zu häufig der Mut, selbst hundertmal berechnete Klagen vorzubringen. Das ganze Armenwesen auch vorgeschrittener Städte ist deshalb noch ein dunkles Kapitel. Das bessere Wahlrecht hat gerade hier sehr viel aufzuräumen.

Nur wenige Städte haben sich dazu verstehen können, feste Regeln für die Armenunterstützung aufzustellen. Noch herrscht viel zu häufig die schrankenlose Willkür der „Anpassung an das individuelle Bedürfnis“. Breslau hat seit November 1916 den besseren Weg beschritten und baut ihn jetzt aus. Es zahlte bisher für den Haushaltungsvorstand als Mindestsatz monatlich 24 Mk. und er höherer Betrag jetzt wenigstens auf 28 Mk. Jeder weitere Erwachsene erhielt 20 Mk. und bekommt jetzt 24 Mk.; jedes Kind früher 6 und jetzt 10 Mk. Mehrfache Aufbesserungen erfuhren auch die städtischen Kostkinder um 2,50 Mk. bis 4 Mk. monatlich. Auch die Kinder von teilweisen Almosenempfängern erhalten jetzt, statt bisher 6 Mk., nun 10 Mk. monatlich.

Das hiesige Armenwesen untersteht einer Leihung, die sozialer Einsicht nicht fern stehen will. Von ihren Reformen ist aber noch immer nichts zu hören.

Danzig. Beurteilung wegen Mißbrauch der Amtsgewalt. Der frühere Kriminalschlichter Albert Schmann in Danzig hatte sich vor der Strafammer wegen verbotener Erpressung und verbotenen Betrages zu verantworten. Er erfuhr auf der hiesigen Kriminalpolizei bei einer Vernehmung, daß eine 82jährige Frau 40 000 Mark Vermögen besitze, aber angeblich nur 35 000 Mark veräußere. Er erlangte die Kenntnis von dem Ehemann der Frau, der von ihr getrennt lebt. Der Angeklagte lud nun die Frau an sich in die Wohnung, um sie zu vernehmen, da sie sich einer Steuerhinterziehung schuldig gemacht habe. Sie wies ihm nun nach, daß sie ihr Vermögen richtig versteuert habe. Der Angeklagte lud sie dann im September vorigen Jahres nochmals vor und teilte ihr mit, daß sie die Sparsassenbücher mitbringen sollte, da ein Sparsassenbeamter die Bücher sogleich nachprüfen wolle. Außerdem besuchte der Angeklagte die Frau zweimal in ihrer Wohnung. Ein unaufgeklärter Brief ohne Unterschrift spielt dabei auch eine Rolle. Der Frau kam die Sache etwas unheimlich vor. Es gelang dem Angeklagten nicht, von ihr Geld zu erlangen. Auch ein Darlehen von 20 Mark auf Rummelwiedersehen lehnte sie ihm ab. Das Gericht erblickte in diesem Vorgehen vorbereitende Handlungen für ein Verbrechen, jedoch noch keinen Versuch. Wohl aber liegt hier ein Mißbrauch der Amtsgewalt vor. Der Angeklagte hatte kein Recht, sich um diese angebliche Steuerhinterziehung zu kümmern. Er durfte die Frau auch nicht selbständig, ohne Vorwissen seiner Behörde vorladen und von seinen Untersuchungen der Behörde keine Anzeige machen. Es war ihm gar nicht um die Entdeckung einer Straftat zu tun, sondern um das Geld der Frau. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Schmann verbüßt in Pr.-Stargard eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren wegen verbotener Erpressung an der Ehefrau des damals in Untersuchungshaft befindlichen Direktors Siewert von der Landwirtschaftlichen Großhandels-Gesellschaft.

* Wer wird nach Friedensschluss zuerst vom Militär entlassen? Ueber diese für die Uebergangswirtschaft wie für jeden einzelnen so wichtige Frage hat sich im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe der Vertreter des preussischen Kriegsministeriums wie folgt geäußert: Die Rückführung des Heeres in den Friedensstand wird nach und nach verlaufen. Die lange sie dauert, kann kein Mensch voraussagen. Die Heeresverwaltung hat den Grundlag ausgelegt, daß kein Mann entlassen werden soll, der keine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Die älteren Jahreshlassen werden zuerst entlassen, die Familienmitglieder vorzugsweise berücksichtigt. Um den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben so schnell wie möglich die nötigen Kräfte zuzuführen, ist folgende Einteilung vorgesehen: Unter Berücksichtigung des Grundbesitzes, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die älteren Jahreshlassen zuerst zu entlassen sind, haben bei Auswahl der zu entlassenden Personen nachgenannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung zu finden: a) führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Handels, der Industrie, der Schiffahrt und des sonstigen Wirtschaftslebens; b) Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben und ihre Angehörigen, z. B. Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren; c) selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.; d) Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen, einschließliche Klein- und Straßenbahnen; e) Seeleute und Fischer; f) gelehrte Arbeiter und Handwerker, soweit sie sogleich in ein festes Arbeitsverhältnis treten; g) ungelernete Arbeiter solcher Berufe, in denen sogleich ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegen wird, z. B. Bergbau, Landwirtschaft, Ueberseeverkehr, Hafenerwerb; h) Studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befanden; i) Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz im Ausland hatten und dorthin zurückkehren wollen.

* Silberankäufe von der Reichsbank in Aussicht genommen. In ähnlicher Weise, wie es seit geraumer Zeit mit dem Golde geschieht, wird, wie die „Frankfurter Zeitung“ hört, die deutsche Reichsbank jetzt auch den Ankauf von Silber aufnehmen. Eine entsprechende Ankündigung ist demnächst zu erwarten. Der Erwerbspreis wird sich voraussichtlich etwas unter den Höchstpreisen halten. Auch bei Silber kommt wie bei Gold ausschließlich die freiwillige Einklieferung in Betracht.

Aus Westpreußen

Unzuverlässige Personen

Joppot. Die hiesige Polizeiverwaltung erhielt am 19. Dezember 1917 folgende Bekanntmachung:

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 zur Forthaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (R. B. N. S. 603) ist dem Hotelbesitzer Bruno Heese, Joppot, Seestraße 66,

der Hotelbesitzerin Marie Philippsohn, Joppot, Südstraße 12/14,

der Hotelbesitzerin Marie Albrecht, Joppot, Südstraße 16,

der Hotelbesitzerin Agnes Werntinghoff, Joppot, Hotel Metropol, Seestraße 45,

der Restaurateurin Elise Wroblewski, Joppot, Bergstraße,

der Restaurateurin Marie Gieslinski, Joppot, Nordstraße 17a,

der Restaurateurin Emma Steinbeiß, Joppot, Nordstraße 9 wohnhaft,

der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wegen Unzuverlässigkeit bis auf weiteres untersagt und ihre Lokale geschlossen worden.

Nach einer weiteren, vom gleichen Tage datierten Bekanntmachung wird auch der Pensionarin Anna Saffer, hier selbst, Nordstraße 7 wohnhaft, der Handel mit Gegenstände des täglichen Bedarfs wegen Unzuverlässigkeit vom 1. Januar 1918 ab bis auf weiteres untersagt und ihre Speisewirtschaft geschlossen.

Diese erst sehr spät erfolgte „Bestrafung“ von 8 Inhabern von Hotels, Pensionaten und Restaurationen, erweckt bei einem großen Teil der Joppoter Einwohner, insbesondere demjenigen Teil, dem es während der letzten Wadefaison nicht möglich war, seinen Bedarf an Lebensmitteln aller Art zu decken, recht lebhaften Groll.

Dem hiesigen Magistrat resp. der Polizeiverwaltung ist anscheinend während der Saison nicht bekannt geworden, was andere Personen täglich auf den Straßen, in Bahnwagen und anderen Stellen hörten, daß nämlich die Hamsterei in Joppot im Großen betrieben wurde. Die Polizei, die doch sonst alles hört und weiß, hat sich auch wohl nichts dabei gedacht, als der Hotelbesitzer Bruno Heese, Südstraße 66, bei Beginn der Saison, die an der ganzen Front des Hotels sich hinziehende, bis dahin völlig offene Veranda, in Tischhöhe plötzlich mit Blech dicht vernageln ließ. Später behaupteten damals, es sei nur geschehen, damit das Straßenpublikum nicht sehe, wie dürftig die Speisetische im Hotel besetzt seien. Die Wirklichkeit lehrte aber, wie sich später herausgestellt hat, etwas anderes:

Heimreisende Badegäste erzählten jedem, der es hören wollte, daß die Stadt Joppot gut versorgt sei. Die Herrschaften schlössen eben aus der guten Verpflegung in den Hotels, Restaurationen usw., daß auch die einheimische Bevölkerung ebenso oder doch annähernd so gut leben könnte, wie sie in den Hotels. Es gibt Leute in Joppot die behaupten, diese Herrschaften verlebten die guten Tage in der Hauptsache auf Kosten der minderbemittelten Bevölkerung in Joppot.

Als die Saison zu Ende ging oder bereits beendet war, genau erinnern wir uns des Zeitpunkts nicht mehr, tauchte in Joppot das Gerücht auf, daß aus Berlin Beamte zur Revision eingetroffen seien. Bei dieser Revision sollen allein bei dem genannten Hotelbesitzer Bruno Heese mehrere Schweine, Hühner, Eier und viele andere Waren, die die Joppoter minderbemittelte Bevölkerung nur noch den Namen nach kannte, vorgefunden worden sein.

Wir sehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die obigen Bekanntmachungen auf Grund des Ergebnisses dieser Revision erfolgt sind. Wir sind aber der Meinung, daß diese Bestrafung wenig nützen wird. Mehrere der behördlich geschlossenen Lokale insbesondere gerade die größten, schließen sowieso immer gleich nach beendeter Saison ihre Wirtshäuser um sie erst kurz vor Beginn der neuen Saison wieder zu öffnen. Bis dahin — Sommer 1918 — ist es noch lange hin und wird die Unzuverlässigkeit dieser unzuverlässigen Personen nicht wieder hergestellt werden sein.

Das beschämende an diesem unredlichen Handel mit Lebensmitteln ist aber die Tatsache, daß nichts davon rechtzeitig an Kenntnis der Joppoter Behörden gekommen ist obwohl sich doch gerade diese Dinge in den beleuchteten und besten Lokalen und Hotels abspielen in denen sich auch zuweilen recht ansehnliche vermehrte Joppoter Bürger aufhalten pflegen. Es muss recht komisch an, daß diese von dem verbreiteten Handel abseht nichts merkten.

Stadtoberdenken-Versammlung.

Elbing. Am 21. Dezember fand die letzte diesjährige Stadtoberdenken-Versammlung statt. Anwesend waren 33 Mitglieder. Von 11 sozialdemokratischen Parteimitgliedern waren 10 erschienen.

Der der zur Verhandlung stehenden Tagesordnung sind einige Punkte hervorgehoben, so die Beschaffung der Hauskassenscheine für das Jahr 1918. Einige Haushaltspläne, wie die der höheren Schulen, sind auf eine dreijährige Zeitdauer festgelegt. Es wird ferner ein Sparplan an Personal, an Papier und Drucksachen, von rund 5000 Mark erzielt. Nach dem Tagesordnungsprogramm wurde eine Beschlussempfehlung über die Beschaffung der Dienstkleider ausgearbeitet.

Das 1918. Budget eines einzigen kleineren Vorlagers entspannt sich auf eine Summe von einem Antrag unserer Genossen, der der Kommission der zum Jahresende Entgegenzusetzen zu der Beschaffung von rund 1000 Mark aus kommunalen Mitteln monatlich und jährlich wollte. Den Antrag begründete Genosse Fintel. Er erklärte, daß die hohen Preise für Lebensmittel, Kleiderstoffe, etc. usw. Es ist Pflicht der Stadtoberdenken-Versammlung für die Joppoter Bürger ausreichend zu sorgen, was ihm nicht selbst und vor dem Einbringen des Jahresbudgets durch den Magistrat. Als letzteres die städtischen Familien-Kassen erschöpfen würde, sei dem Gemeinderat empfohlen worden, für die Verbesserung des Leses der Kriegersparzettel.

Si der Diskussion über diesen Antrag warnte Stadtrat Dr. Bartel vor einer Schematisierung der Unterfertigung. Die von den städtischen Körperschaften vor drei Jahren eingesetzte Kommission prüfe im Fall zu Fall die Bedürftigkeit und trage den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus Rechnung. In Elbing seien viele Familien durch Zuwendungen der Arbeitgeber ihrer einberufenen Ernährer erheblich besser gestellt, als die Familien, die nur die staatliche und städtische Familienunterstützung erhalten. Würde heute eine allgemeine Erhöhung um 5 Mark beschlossen werden, dann entstehen der Stadt monatlich 45 000 Mark Mehrausgaben. Auch Oberbürgermeister Merzen hielt es für bedenklich, einen allgemeinen Aufschlag von 5 Mark eintreten zu lassen. Redner bemerkte, daß die Kriegerväter von der Stadt alle 14 Tage drei Zentner Holz zum halben Preise erhalten. Diesen Ausführungen, insbesondere denen des Stadtrats Dr. Bartel, trat Genosse Fintel geschickt entgegen, und betonte, daß der Unterstützung sowieso schon kleine Unebenheiten anhaften. Die gegenwärtigen Verhältnisse verlangen unbedingt eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze. Die von Stadtrat Dr. Bartel angeführten Familien, welche Zuwendungen von ihren Arbeitgebern erhalten, erhalten sie doch nur, weil die Not eben groß sei. Der Vorgang am 12. d. Mts. beweise dies zur Genüge. Bei Annahme des Antrages ist es selbstverständlich, daß die eingesetzte Kommission nach wie vor ihres Amtes walte, um dort, wo die Not in den Familien groß ist, sühnerd eingzugreifen. Mehrere bürgerliche Stadtverordnete unterstützten diese Ausführungen. Der Stadtverordnete Malermeister und Besitzer des Deutschen Bades, Frankenberg, glaubte bei dieser Gelegenheit sein oft an den Tag gelegtes soziales Verständnis die Krone aufsetzen zu müssen. Er betonte, daß die jetzige Einrichtung, so wie die Höhe der Unterstützung genüge. Für diese Richtigkeit erhielt er vom Genossen Lange eine gründliche Abfuhr. Der Stadtverordnete und christliche Arbeitersekretär Ritsch betonte, daß er für die Erhöhung der Familienunterstützung sei und lieber 10 als 5 Mark bewilligen möchte, nur müsse Herr Fintel erklären, wie es gemacht werden solle, daß die Unterstützung aufgebracht und gerecht verteilt werde. Solange dies nicht geschehe, sei er gezwungen zu empfehlen, das bisherige System beizubehalten. Die Genossen Perschon, Komowski und Handtke gaben ihm die notwendige Antwort für sein sonderbares Verhalten den Kriegervätern gegenüber. Vom Genossen Fintel in die Enge getrieben, versuchte Ritsch sich dadurch zu retten, daß er schließlich auf echt jesuitischer Weise erklärte, er könne es gar nicht begreifen, daß sich Herr Fintel so auf seinen Anträge versteife, es mögen wohl politische Motive dahinter sein.

Dieser arbeiterfeindliche Demagogentritt verfehlte seine Wirkung. Ein Verlagsantrag, für den Herr Ritsch auch stimmte, wurde abgelehnt. Der Antrag unserer Fraktion dagegen mit 21 Stimmen angenommen.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Rechtsanwalt Lewinsohn, warum das Mietseingangsamt in Elbing noch immer keine rechtlichen Befugnisse habe, erklärte Herr Stadtrat Dr. Bartel, daß sich der Magistrat von Elbing bereits mehrfach an den Regierungspräsidenten in Danzig, zuletzt am 6. Dezember d. Js. gewandt habe, aber es sei bis heute noch keine Antwort erfolgt.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung war damit erschöpft. Es fand eine geheime Sitzung statt, welche sich bis 11 Uhr nachts hinzog. Seiner verbiete es die gegenwärtige Zeit auf die gegen uns gerichteten Verdächtigungen des Stadtverordneten Ritsch die notwendige Antwort zu erteilen. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Elbing. Wegen Beteiligung an den bekannten Vorkommnissen des 12. Dezember wurde am 20. Dezember vor dem Elbinger Kriegszustandgericht erstmalig gegen 17 meist in jüngeren Jahren stehende Burlesken verhandelt. Es wurden Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 3 Jahren verhängt. Zahlreiche Verfahren schweben noch.

Stetgen. Herr Pfarrer Hankow ist verantwortlicher Schriftleiter der kirchlichen Nachrichten für den Bezirk Danziger Neuhof. In diese Nachrichten wird berichtet, wer Unbacht abhält, wer getauft, getraut, beerdigt wurde. Bei den Getrauten wird nun ein Unterschied gemacht, den sichtlich empfindende Menschen verurteilen und der am allerwenigsten im Sinne des Nazareners liegen dürfte. Bei der Aufzählung der Getrauten wird neben dem vollen Namen auch geschrieben: „(unehelich)“, wenn es sich um ein solches Kind handelt. Wozu diese Bezeichnung? Was verschuldete das Kind? „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, heißt es doch. Da ist nicht nach der standesamtlichen Urkunde gefragt worden. Der Herr Pfarrer würde sicher viel gewinnen, wenn er alle Kindlein gleich wertig behandeln möchte. Jedes Kind ist doch ein Ebenbild Gottes, nicht wahr, Herr Pfarrer?

Gewerkschaftliches

Das Arbeitskammer-Gesetz

Reichsanwalt Graf Hertling hat die Einbringung eines Arbeitskammer-Gesetzes für den Anfang nächsten Jahres amtlich angekündigt. Die Arbeiterverbände aller Richtungen haben die dafür nötigen Vorarbeiten schon jetzt zum Abschluß gebracht. Gerade in der Frage der Arbeitskammer bestanden unter den Arbeitnehmern in den verschiedenen Verbänden starke Meinungsverschiedenheiten. Nun liegt es aber auf der Hand, daß für die wirtschaftliche und soziale Ausgestaltung des Gesetzeswertes die Aussichten um so besser sind, je mehr es den Arbeitnehmern gelingt, selbst zu einem Einvernehmen untereinander zu gelangen.

Nach langen Bemühungen ist dies gelungen. Freie Gewerkschaften, Christliche, polnische Berufsvereinigungen, die verschiedenen Technikerverbände und viele anderen Angestelltenorganisationen haben gemeinsam einen vollständigen Gesetzesentwurf von rund 50 Paragraphen ausgearbeitet und mit ihrer Unterstützung versehen, an das Reichswirtschaftsamt geleitet, damit er diesem als Mutter für den Regierungsentwurf zum Arbeitskammergesetz dienen kann.

Das Gewerkschaftsprogramm hat sich für Arbeitskammern entschieden, d. h. für eine gemeinsame Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber sofort in § 1 wird auch hervorgehoben, daß auch die besonderen Interessen der Arbeitnehmer durch deren Vertreter in der Arbeitskammer wahrgenommen werden können. Das Prinzip der Arbeitskammer und der Arbeiterkammer ist also in dem Entwurf vereinigt.

Das Tätigkeitsgebiet der Arbeitskammer ist weit ausgedehnt, es umfaßt besonders die Unterfertigung der Staats- und Gemeindebeschlüsse bei Erhebungen und Steuern, bei Erlassen zum Schutz

des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter, Veranlassungen und Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer, Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen Schutzes und des Begriffs des Schutzes, Förderung des Tarifvertragswesens und der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung, Errichtung von Fröhenhöfen. Die Arbeitskammern sollen auch selbständige Umfragen über gewerbliche und wirtschaftliche Verhältnisse in ihrem Bezirk vornehmen können. Auch die Arbeitnehmer für sich sollen das Recht zu Erhebungen, selbständigen Gutachten und Eingaben an die Behörden und parlamentarischen Körperschaften haben. In dem Entwurf sind ferner die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über die Arbeiterausschüsse und die Errichtung von Einigungsämtern hineingearbeitet.

Die Arbeitskammern sollen nicht auf beruflicher, sondern auf territorialer Grundlage ruhen. Bezirk, Namen und Sitz der Arbeitskammern soll der Bundesrat nach Anhörung der Organisationen bestimmen. In den Arbeitskammern sollen besondere Abteilungen für einzelne Gewerbezweige, insbesondere Land- und Forstwirtschaft, technische und kaufmännische Angestellte gebildet werden.

Wahlberechtigt sollen alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Bezirk der Arbeitskammer sein, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, selbstverständlich ohne Unterschied des Geschlechts. Wählbar sollen auch die Angehörigen der wirtschaftlichen Organisationen sein.

Die weiteren Bestimmungen des Entwurfs befassen sich mit dem Wahlverfahren — Verhältniswahl mit gebundenen Listen — und der Geschäftsführung der Arbeitskammer. Die Wahlen sollen auf je 4 Jahre vorgenommen werden. Den Vorsitzenden der Arbeitskammer und seinen Stellvertreter ernennt die höhere Verwaltungsbehörde. Die Verhandlungen der Arbeitskammer sollen in der Regel öffentlich sein. Für die Mitglieder der Arbeitskammer sind Tagegelder und Ersatz der notwendigen Fahrkosten, sowie des entgangenen Arbeitsverdienstes vorzusehen. Die Kosten für die Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammer und ihrer Abteilungen, sowie der Einigungsämter und Schlichtungsstellen sollten die Gemeinden oder Gemeindeverbände ihres Bezirks tragen.

Der Entwurf der beruflichen Arbeitnehmerorganisationen erstreckt sich auf viele Einzelheiten, die hier auszuführen nicht der Raum ist. Im ganzen wird er von allen Arbeitnehmern als wertvolle Grundlage für eine Interessensvertretung anerkannt werden müssen, wie sie alle anderen Berufe schon besitzen und wie sie den Arbeitern nicht länger verweigert werden kann.

Abstimmung im Deutschen Holzarbeiterverband.

In der Zeit vom 1. bis 17. Dezember fand im Deutschen Holzarbeiterverband die Abstimmung über eine, die Beitrags- und Unterstützungsfrage regelnde Vorlage statt. Der Abstimmung waren gründliche Besprechungen auf den Gau- und einer, von 124 Zahlstellen mit 135 Delegierten besuchten Zahlstellentagung vorausgegangen. Wie der Verbandsvorstand bekannt gibt, liegt das Resultat der Abstimmung bereits aus 650 Zahlstellen vor. In diesen Zahlstellen stimmten 35 533 Mitglieder für die Vorlage und 13 614 gegen sie. Damit ist die Vorlage mit großer Majorität angenommen. Das Abstimmungsergebnis aus den noch fehlenden rund 100 Zahlstellen kann an diesem günstigen Resultat nichts mehr ändern.

Dieses gute Abstimmungsergebnis kann nur dazu dienen, allen tätigen Verbandsmitgliedern neuen Mut und mehr Arbeitsfreudigkeit für die weitere günstige Entwicklung des Verbandes zu geben und gibt die Gewähr, daß die Interessen der Holzarbeiter Deutschlands auch in Zukunft durch den Verband mit Erfolg vertreten werden können.

Aus der Partei

Ein sozialdemokratischer Stadtrat in Königsberg

In Königsberg wurde Genosse Borowski mit 40 von 55 Stimmen zum Stadtrat gewählt. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in den Königsberger Magistrat ein. Von den 40 Stimmen, die auf Genossen Borowski entfielen, waren 8 sozialdemokratische, die übrigen waren bürgerlich.

Es geht also auch im Osten unaufhaltsam vorwärts auf dem Wege zum gleichen Recht.

Unsere Elbinger Genossen sind mutig vorangeschritten und haben den ersten sozialdemokratischen Stadtrat im ganzen Osten in den Elbinger Magistrat gewählt. Nun ist das auch in Königsberg gelungen. Wann wird Danzig so weit sein?

„Unabhängige“ Gemeindepolitik

Der Haß der „Unabhängigen“ gegen die Sozialdemokratie und ihre Mitglieder treibt immer tollere Auswüchse. Was sich die Prinzipienfesten vor allem in der Gemeindepolitik leisten, wird einmal zu den schwarzesten Blättern der schweren Kriegszeit zählen. Die Gegner lachen sich ins Fäustchen, treiben ihre Herrenmoral ungehindert weiter und nehmen die Arbeiter nicht mehr ernst. Ein solcher Fall liegt jetzt in Höchst a. M. vor. Seit Jahrzehnten herrscht hier ungehindert das allmächtige Farbwerkpolit, mit seinen von ihm völlig abhängigen Kreaturen. Die Stadt mit ihrer ganzen Verwaltung ist in den Händen dieser chemischen Fabrik, die heute viele Tausende von Arbeitern beschäftigt. Es gibt keinen Betrieb und Gemeinden, in denen schlimmere soziale Mißstände vorhanden sind, als hier. Die überaus gesundheitschädliche Arbeit, die schon unendliche Opfer gefordert hat, trug den Farbwerken den Namen „Giftbude“ ein. Jahrzehnte lang rang in Höchst die Sozialdemokratie auf allen Gebieten mit jenen rücksichtslosen Unternehmern. Jetzt endlich nach 42 Monaten Weltkrieg dämmerte den Herren ein Licht, und unter dem Burgfrieden zogen vor kurzem drei Vertreter der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinderat. Was tun nun unsere „Unabhängigen“? Sie legten Protest ein gegen die Wahl des Parteisekretärs Walter, eines der besten Kenner der wichtigsten Farbwerks- und Stadtpolitik! Sie gaben ihrem Einwand die Begründung: Walter wohne nicht in Höchst, sondern habe dort nur ein Zimmer gemietet. Dabei ist er bereits viele Jahre am Orte beschäftigt. Also so weit führt der Haß und die Verblendung dieser Leute, die die Arbeiterinteressen vertreten wollen! Die Laten der „Unabhängigen“ in den Gemeinden reihen sich würdig denen in der Reichspolit an.

Das Herz blutet jedem Freunde des Volkes, wenn man sieht, wie die Arbeiter durch solche unverantwortliche Quertreiberei um jeden Fortschritt betrogen werden sollen.

Briefkasten

F. B. Graudenz. Ihre Arbeit dürfte bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden. Das Papier durch Sie in Zukunft nur auf einer Seite haben. (Globe) Die Arbeiter.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Das Ergebnis der bisherigen Friedens-Verhandlungen

Zwischen den Vertretern des Verbundes und des russischen Reiches ist, wie die „Voss. Zig.“ schreibt, eine grundsätzliche Übereinstimmung in denjenigen Fragen, die geeignet sind, die Umrisse des künftigen Friedensschlusses zu bilden. Es sei von größter Bedeutung, daß diese Tatsache von den russischen Unterhändlern selbst festgestellt worden sei. Dadurch habe die demokratische Regierung der Welt den Mittelmächten das Zeugnis ausgestellt, daß ihre Friedenspolitik von jeder Eroberungsjucht, wie überhaupt von jedem Streben nach Gewalttätigkeiten vollkommen frei sei. Wenn der Verbund nach dieser unzweifelhaften Feststellung seines ethischen Friedenswillens noch überdies zugelassen habe, daß die Entente-Regierungen sich in einer angemessenen Frist darüber entscheiden könnten, ob sie auf der gleichen Grundlage wie Rußland mit uns über den Frieden verhandeln wollten, so bewiesen sie damit aufs Neue, daß ihre Grundsätze nicht nur für Rußland, sondern auch für jeden anderen Gegner gelten, der bereit sei, darauf einzugehen. Die praktische Anwendung dieser Prinzipien könne nur eine gegenseitige sein und die Mittelmächte könnten nicht durch eine vorzeitige Bindung ohne eine solche Gegenseitigkeit ihren Gegnern Freibriefe zur Fortsetzung des Krieges ausstellen.

Das „Berl. Tagebl.“ meint: Auch jetzt sei es fraglich, ob der Wille der Friedensbereiten die von den Kriegswütigen erzwungene und immer neugegründete Mauer umwerfen wird. Indessen nichts könne so sehr dazu beitragen, die Waffenmauer ins Wanken zu bringen, als diese neue öffentliche Diplomatie.

Die demokratische Berliner „Volkszeitung“ sagt erfreut: Das einstweilige Ergebnis der Beratungen sei in seiner Tragweite noch nicht abzuschätzen.

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt: Wir haben uns getäuscht, als wir annahmen, daß ein neues Friedensangebot an die Entente vorläufig nicht mehr zu erwarten sei.

Der „Vorwärts“ äußert: Die deutsche Regierung wird ernstlich zu prüfen haben, ob bei der Wahrung der Lebensinteressen unseres Volkes ein Weiterverhandeln auf der Grundlage der russischen Programmpunkte möglich ist. Das russische Friedensprogramm ist so theoretisch und abstrakt gehalten, daß eine Anzahl konkreter Streitfragen dadurch nicht ohne weiteres entschieden werden kann. Indessen, noch einmal ist das Friedensstor für alle Welt aufgetan.

B. L. B. Brest-Litowsk, 25. Dezember. In der Sitzung vom 22. d. M. hatte die russische Delegation erklärt, sie gehe von dem klar ausgesprochenen Willen der Völker Rußlands aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Friedens zu erreichen. Unter Berufung auf die Beschlüsse des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des allrussischen Bauernkongresses wies die russische Delegation darauf hin, daß sie die Fortsetzung des Krieges bloß zu dem Zwecke, um Anagnosien zu erreichen, für ein Verbrechen halte, und daß sie daher keinerlei ihren Entschluß kundgebe, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesen Krieg auf der Grundlage der ausgeführten, ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beende.

Von diesen Grundzügen ausgehend, hatte die russische Delegation folgende Punkte zu Grunde zu legen:

1. Es wird keine gewaltsame Vereinigung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die diese Gebiete besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.
2. Es wird in vollem Umfange die politische Selbständigkeit der Völker wiederhergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß volle Unabhängigkeit bei der Stimmenabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge gewährleistet ist.
4. In bezug auf Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und — falls dies praktisch durchführbar — autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegsführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte „Kriegskosten“ zu zahlen; bereits erhobene Kontributionen sind zurückzahlen. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen infolge des Krieges anbelangt, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die kriegsführenden proportionell beitragen.
6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der unter 1 bis 4 dargelegten Grundzüge entschieden.

In Ergänzung dieser Punkte schlug die russische Delegation den vermittelnden Parteien vor, jede Art verfrühter Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch starke als unzulässig zu bezeichnen, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund ungleicher Handelsverträge, durch Sonder-Zollverträge, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken, durch Seeblockade, die nicht unmittelbare Kriegsziele verfolgt usw.

Der Standpunkt Deutschlands und des Verbundes

In der heute unter dem Vorsitz des bevollmächtigten Vertreters Oesterreich-Ungarns, Grafen Czernin, abgehaltenen Plenarsitzung gab dieser namens der Delegation des Verbundes folgende Erklärung ab, mit welcher die vorstehenden Ausführungen der russischen Delegation beantwortet wurden:

Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Tatsache des russischen Vorschlags eine distinkte Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Die Delegationen des Verbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsschädigungen einverstanden. Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken beurteilt, so schließen die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in übereinstimmender Erklärung bekannt, die Verbündeten müßten, um

Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. In diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeteiligt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterzeichnen, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegsführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Delegation erfüllt sein sollten.

Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt in Rußland verhandelnden Mächte des Verbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehlich und rückhaltlos auch dem Verbunde gegen über anerkennen und durchführen.

Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen sechs Punkten das Nachfolgende zu bemerken:

Zu 1:
Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Ueber die Bestimmung der zur Zeit besetzten Gebiete wird im Friedensvertrag Stellen schon vorher Einigkeit erzielt wird.

Zu 2:
Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3:
Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Verbundmächte nicht zwangsweise geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Zu 4:
Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Verbundes der Schutz des Rechts der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen dieser Grundfrage, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5:
Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hierfür ist in der Kriegsgesamtheit geratener Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiet durch völkerverwundliche Gewalttaten den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen.

Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen kriegsführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.

Zu 6:
Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Von der deutschen Delegation wird hierzu, in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen, folgendes erklärt:

Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der allbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zurzeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das Vielfache überlegenen, über unbefruchteten überseeischen Nachbarn verfügenden Gegner in Not und Tod frei zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willensänderung durch Abstimmung weit übertrifft.

Die von der russischen Delegation im Anschlusse an die eben erörterten sechs Punkte vorgeschlagenen Grundzüge für den wirtschaftlichen Verkehr finden die uneingeschränkte Zustimmung der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von jeher für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind, und die in der Wiederherstellung eines gerechten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden Wirtschaftsverkehrs eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Umbahnung und den Ausbaureichhaltiger Beziehungen zwischen den derzeit kriegsführenden Mächten erblicken.

Anknüpfend an diese Erklärungen führte hierauf Graf Czernin aus:

„Auf Grund dieser soeben entwickelten Prinzipien und wir bereit, mit allen unsren Gegnern in Verhandlungen zu treten. Um aber nicht unnötig Zeit zu verlieren, sind die Verbündeten bereit, sofort in die Beratung derjenigen Spezialpunkte einzutreten, deren Durchbearbeitung sowohl für die russische Regierung als für die Verbündeten auf alle Fälle notwendig erscheinen wird.“

Weitgehende russische Übereinstimmung

In Erwiderung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, diese konstatierte mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe. Sie erkenne die enorme Bedeutung dieses Fortschritts auf dem Wege zum allgemeinen Frieden an, müsse jedoch bemerken, daß die Antwort eine wesentliche Beschränkung in Punkt 3 enthalte. Die russische Delegation konstatierte weiter mit Befriedigung die in der Erklärung der Verbundmächte zu Punkt 5 enthaltene Anerkennung des Prinzips „ohne Kontributionen“. Sie macht jedoch hinsichtlich der Entschädigung für den Unterhalt von Kriegsgefangenen Vorbehalt. Ferner erklärte die russische Delegation, sie lege Gewicht darauf, daß Privatpersonen, die unter Kriegskolonien gelitten haben, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden. Die russische Delegation erkennt an, daß die Räumung der vom Gegner besetzten deutschen Kolonien den von ihr entwickelten Grundzügen entspreche. Sie schlägt vor, die Frage, ob das Prinzip der freien Willensäußerung der Bevölkerung auf die Kolonien anwendbar sei, besonderen Kommissionen vorzubehalten.

Abschließend erklärte der Führer der russischen Delegation, diese sei trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht, daß die in der Antwort der Mächte des Verbundes enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die faktische Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegsführenden Staaten zu schreiten. Mit Rücksicht hierauf schlägt die russische Delegation eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen vor, beginnend heute abend und endigend am 4. Januar 1918, damit den Völkern, deren Regierungen sich den hier geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit geboten wird, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen. Nach Ablauf dieser Frist müssen die Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende, Graf Czernin, ersuchte hierauf die russische Delegation, diese ihre Antwort schriftlich zu überreichen und schlug vor, sofort in die Verhandlung jener speziellen Punkte einzutreten, welche für alle Fälle zwischen der russischen Regierung und den Regierungen der verbündeten Mächte geregelt werden müßten.

Der Führer der russischen Delegation schloß sich dem Vorschlage des Vorsitzenden an und sprach seine Bereitwilligkeit aus, sofort in die Besprechung jener Einzelheiten einzutreten, die nötig für den Fall allgemeiner Friedensverhandlungen den Gegenstand spezieller Erörterungen zwischen Rußland und den vier Verbündeten zu bilden hätten.

Auf Antrag des Staatssekretärs von Kühlmann wurde einstimmig beschlossen, zur Vermeldung festlicher Zeitverlustes und in Würdigung der Wichtigkeit der zu erfüllenden Aufgabe diese Verhandlungen schon morgen vormittag zu beginnen.

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk

haben in ihren leitenden Gedanken, die der Reichstanzler und Staatssekretär von Kühlmann entwickelten, die Zustimmung aller Parteien des Reichstages — auch des Abgeordneten Haase für die „Unabhängigen“ — gefunden. Die national-liberale „Berliner Börsenzeitung“, begründet heute dieses Ergebnis mit größter Genugtuung. Sie meint, es zeige, daß der deutsche Reichstag auf der Höhe seiner Aufgabe stehe und bei großen Entschlüssen das Trennende hintenan zu setzen wisse. Der Kanzler, der naturgemäß nicht persönlich am Verhandlungstisch die Beratungen führen kann, hat, so schreibt die „Germania“, die Aufgabe nicht einem Kollegium von Männern übertragen, sondern nur dem Staatssekretär des Außeren von Kühlmann. Dieser übernimmt damit eine überaus große Verantwortung und die Berufung stellt zu gleich einen starken Vertrauensbeweis von Seiten des Kaisers wie des Kanzlers dar. Die russischen Machthaber, schreibt die „Germania“, werden es sich nicht nehmen lassen, fortlaufend Protokolle über die Verhandlungen zu veröffentlichen. Sie wollen damit die Völker der uns feindlichen Staaten beeinflussen und schließlich zur Teilnahme an den Frieden herüberziehen. Diese Protokolle werden vor allen Dingen dem neutralen Zustand uneingeschränkt zugänglich sein. Da dürfte es schon ein Gebot der Klugheit sein, wenn die Regierung das deutsche Volk nicht weniger gut informiert erhält. Wir werden diese Brichte mindestens ebenso gut ertragen und zu würdigen wissen, wie die feindlichen Kriegsberichte, die uns die militärische Zensur fortgesetzt ungeschmälert zur Verfügung gelassen hat.

Rückkehr Verschleppter aus Rumänien

Bularest, 21. Dezember. Gestern ist in Bularest der erste Zug mit ungefähr tausend Angehörigen der Mittelmächte eingetroffen, die von der rumänischen Regierung während des Krieges nach der Moldau verschleppt worden sind. Die Rückkehr erfolgte durch die Front. Weitere Rücktransporte folgen in zweitägigen Abständen. Die Zurückgeführten werden vorerst in Seuchensperrlagern drei Wochen zurückgehalten, um eine Verschleppung von Krankheiten zu vermeiden.

Rußland

Befreiung der Kriegsgefangenen

Trotz soll eine Verordnung erlassen haben, wonach die österreichisch-ungarischen und deutschen Kriegsgefangenen im Gouvernement Nowgorod von der Zwangsarbeit befreit werden. Sie würden künftig wie freie Arbeiter behandelt werden, im besonderen auch was Löhne und ärztliche Behandlung betreffen. Trotz läßt, so heißt es, durch die russischen Vertreter in Brest-Litowsk die deutschen österreichisch-ungarischen und türkischen Vertreter ersuchen, ähnliche Maßregeln auch für die russischen Kriegsgefangenen zu treffen.

Die Parteien in Rußland

Für die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung sollen in Petersburg 19 Parteienlisten eingereicht worden sein. Diese Parteien lassen sich in vier Gruppen einteilen. Die Sozialisten unterscheiden sich in Maximalisten (russisch Bolschewiki von „Kollektive“ — mehr), die sofort das ganze Maximalprogramm ihrer Partei (Umwägung der Besitzverhältnisse) verwirklichen wollen, die Minimalisten (Menschewiki, von „mensch“ = weniger), die sich mit der Durchführung eines Mindestprogramms begnügen und vor der Revolution im Gegenzug zu den Maximalisten auch an der Reichsduma teilnehmen, und in die „Sozialpatrioten“, Anhänger Plechanows, die zahlenmäßig unbedeutende Gruppe „Biedinstow“ (Einheit) bilden. Zu den Bolschewiki gehört also Lenin und Trotzky. Der linke Flügel der Minimalisten (Internationalisten) steht in den Fragen der auswärtigen Politik wie die Maximalisten auf dem Boden des Zimmerwald-Rienthaler-Programms, der rechte Flügel (Dobrony, Verteidigungsfreunde), der von Brest-Litowsk und Stobolew geführt wird und dem auch Tschcheidt nahesteht, ist gemäßigter, vertritt in der inneren Politik einen revisionistischen Standpunkt, in der auswärtigen das bekannte Programm „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker“. Dem Sozialismus zunächst stehen die Bauernparteien, die meist als Narodniki (Volkseute) bezeichnet werden. Zu ihnen gehören die Sozialrevolutionäre, die alle Partei Koronits, in der sich seit ihrem gewaltigen Aufschwung nach der Revolution sehr verschiedenartige Strömungen zeigen, die vom extremsten Agrarkommunismus bis zu einer gemäßigten sozialreformatorischen Richtung und in der Frage der Landesverteidigung vom Standpunkte Lenins bis zur unbedingten Befreiung des Kriegswillens gehen; außerdem die Volkssozialisten, die sich mit der Partei der Trudowiki vereinigt haben und hauptsächlich die gebildeteren Schichten der Agrarsozialisten umfassen. Die liberale Linke hat nach dem Zerfall der ehemaligen Progressistenpartei und dem Scheitern verschiedener Versuche zu radikalen Gruppenbildungen nur noch die Kadettenpartei als festen Kern der dafür von allen russischen Parteien die beste Organisation besitzen dürfte. Die Rechte verfechten über keine geschlossene Parteibildung mehr, doch dürfte sich früher oder später um die ehemaligen Otkobristen, deren verschiedene Gruppen sich aufgelöst haben, eine neue konservative Partei gruppieren. Bei den Gemeindevahlen hat die Anhänger der Rechten vielfach eigene Listen unter Bezeichnung „Bund der Hausbesitzer“ aufgestellt.

